

- **Welche Lehren zieht Ihre Partei aus den Überschwemmungen im Juli?**

- **Die Linke**

Extremwetter sind Teil des Klimawandels. Um die Erderwärmung auf 1,5-Grad zu begrenzen, machen wir Deutschland bis 2035 klimaneutral – sozial und ökologisch gerecht: Kohleausstieg bis spätestens 2030, raus aus Atom und Erdgas. Wir machen den ÖPNV in 5 Jahren flächendeckend kostenfrei und halbieren die Bahnpreise. Damit niemand aufs Auto angewiesen ist. Kurzstreckenflüge und Güterverkehr auf die Schiene. Wir investieren pro Jahr 120 Milliarden Euro in Schienenverkehr, erneuerbare Energien, ökologische Landwirtschaft und energetische Gebäudemodernisierung. Schluss mit umweltschädlichen Subventionen. Die Kosten für den Umbau tragen nicht Verbraucher\*innen und Beschäftigte, sondern Unternehmen und Reichen, die jahrzehntlang profitiert haben.

- **SPD**

Extremwetter-Phänomene sind Folge der menschengemachten Erderwärmung. Sie sind eine zunehmende Gefahr für Menschen und die Art und Weise wie wir leben. Deshalb ist Klimaschutz auch Bevölkerungsschutz! Wir müssen die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius begrenzen. Dafür soll Deutschland bis spätestens 2045 klimaneutral sein. Die Flutkatastrophe hat auch gezeigt, dass die Katastrophenhilfe schnell besser werden muss: Vorsorge muss als umfassende Verpflichtung aller staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Akteure begriffen werden. Zur Abwehr von Gefahren braucht es mehr Ressourcen für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Und wir brauchen mehr gemeinsame Verantwortung im nationalen und europäischen Kontext sowie eine einheitliche Kommunikation und Führung in der Krise.

- **Die Grünen**

Die Flutkatastrophe unterstreicht die Dringlichkeit von konsequentem Klimaschutz. Extremwetterereignisse werden wir zwar auch künftig nicht vermeiden, aber wir können Einfluss auf deren Häufigkeit nehmen. Vorsorge muss daher zum Leitprinzip einer neuen Politik werden – beim Klima- und beim Katastrophenschutz. Mit einem Klimavorsorge-Fonds von 25 Milliarden Euro für die nächsten zehn Jahre wollen wir die Klimaprävention vor Ort unterstützen, etwa den Umbau zu „Schwammstädten“ oder auch Hochwasserschutzmaßnahmen. Zudem müssen Hochwasserrisiken im Rahmen von bundeseinheitlichen Gefahrenkarten neu bewertet werden. Und schließlich gehört zur Vorsorge, Warnsysteme zu verbessern und die Krisenkompetenz bei Behörden, Bevölkerung und Helfer\*innen zu stärken.

- **FDP**

Leider müssen wir dieser Tage immer wieder die mangelnde Handlungsfähigkeit unseres Staates in existenziellen Lebenslagen konstatieren. Den Katastrophenschutz wollen wir durch mehr Kompetenzen des Bundes effektiver organisieren. Es muss jetzt unverzüglich ein effektives Warnsystem über Mobilfunk (Cell Broadcasting)

eingrichtet werden - wir hatten dieses System in Bezug auf Corona bereits im März 2020 gefordert. Zudem müssen Hilfsleistungen noch viel effektiver über die Bundesebene koordiniert werden, anstatt wie jetzt im Kompetenzwirrwarr zwischen Bund und Ländern hängen zu bleiben. Deshalb fordern wir unbürokratische und schnelle finanzielle Hilfe sowie die Einrichtung eines Sonderbeauftragten, der bei der Umsetzung der Hilfen koordiniert.

- **CDU**

Für Bund, Länder und Kommunen braucht es eine nationale Katastrophenschutzstrategie. Wir wollen neue länderübergreifende Kriterien entwickeln und einen modernen Bevölkerungsschutz etablieren, bei dem alle Akteure zusammenwirken. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe wird zu einem Nationalen Kompetenzzentrum. Zudem müssen sich die Menschen auf ein zuverlässiges Warnsystem verlassen können. Deshalb werden wir künftig auch die Cell-Broadcasting-Technologie als Multiplikator zu nutzen, um Menschen per Textnachricht zu alarmieren. Wichtig sind auch Präventions- und Klimaanpassungsmaßnahmen.

•

- **Wie steht ihre partei zu einer gemeinsamen europäischen armee?**

- **FDP**

Wir wollen den Aufbau einer europäischen Armee unter gemeinsamem Oberbefehl und unter parlamentarischer Kontrolle. Dazu streben wir eine schrittweise engere Verzahnung und den Ausbau gemeinsamer Fähigkeiten der Streitkräfte der integrationswilligen EU-Mitgliedsländer an. Ziel ist die Schaffung einer Europäischen Verteidigungsunion als Zwischenschritt zu einer zukünftigen europäischen Armee. Dafür wollen wir den bisherigen Ausbau der europäischen Verteidigungsunion beschleunigen. So müssen europäische Kommandostrukturen und ein gemeinsames militärisches Hauptquartier, aber auch Ausbildungseinrichtungen wie eine Europäische Sicherheitsakademie, geschaffen werden. Den Austausch zwischen den europäischen Streitkräften wollen wir durch ein Erasmus+-Programm für Soldatinnen und Soldaten aller Dienstgradgruppen intensivieren.

- **SPD**

Die NATO ist und bleibt ein tragender Pfeiler der transatlantischen Partnerschaft und für Europas Sicherheit unverzichtbar. Parallel dazu muss die EU sicherheits- und verteidigungspolitisch eigenständiger werden. Die europäische Zusammenarbeit werden wir ausbauen. Unser Ziel bleibt eine europäische Armee als Teil der Friedensmacht Europa.

## ○ **Die Linke**

Wir lehnen sie ab. Auf die Krisen reagiert die EU ausgerechnet mit Aufrüstung: Die EU-Staaten werden verpflichtet, mehr Geld in Verteidigungshaushalte und Rüstungsprojekte zu investieren und Truppen aufzustellen. Eine zusätzliche europäische Armee führt nicht zu mehr Sicherheit. So wie die EU derzeit organisiert ist, würde die Mitsprache der Parlamente über Militäreinsätze geschwächt, wir wollen die Parlamente stärken. Wir streiten für ein friedliches, sozial und ökologisch gerechtes Europa. Statt in Aufrüstung muss dringend in solidarische und ökologische Zukunftsprojekte investiert werden. Afghanistan hat gezeigt: Kriege schaffen keine Sicherheit und keine Demokratie.

## ○ **Die Grünen**

Gemeinsam mit den internationalen Partnern muss die Europäische Union ihrer Verantwortung für die eigene Sicherheit und Verteidigung gerecht werden. Die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU setzt eine gemeinsame EU-Außenpolitik voraus. Es braucht eine parlamentarisch kontrollierte Sicherheitsunion. Anstatt immer mehr Geld in nationale, militärische Parallelstrukturen zu leiten, sollte die verstärkte Zusammenarbeit der Streitkräfte in der EU ausgebaut und sollten militärische Fähigkeiten gebündelt und allgemein anerkannte Fähigkeitslücken geschlossen werden. Dafür braucht es eine geeignete Ausstattung, den Ausbau von EU-Einheiten sowie eine Stärkung und Konsolidierung der gemeinsamen EU-Kommandostruktur. Da dies ein Projekt für die weite Zukunft ist, ist die Forderung im Wahlprogramm nicht genannt.

## ○ **CDU**

Langfristig wollen wir gemeinsame europäische Streitkräfte aufstellen, denn Europa muss mit einer Stimme sprechen und beispielsweise gemeinsam auch ohne die Amerikaner Menschen aus Notlagen in aller Welt retten können. Dies wollen wir Schritt für Schritt erreichen. Wir brauchen daher in der Außen- und Sicherheitspolitik in immer mehr Bereichen Mehrheitsentscheidungen. Wir werden zudem mit einem Bündnis der Gestaltungswilligen die Wirksamkeit der europäischen Verteidigung erhöhen. Wir schlagen hierfür konkrete Schritte vor wie z.B.: ein Europäisches Hauptquartier und den Ausbau der europäischen Cyber-Brigade.

•

## • **Wie steht ihre partei zum bedingungslosen grundeinkommen?**

### ○ **SPD**

Unsere Arbeitsgesellschaft verändert sich immer schneller. Unsere Antwort darauf ist das „Recht auf Arbeit“. Das zentrale Ziel muss sein, dass Arbeitslosigkeit gar nicht erst entsteht: Durch schnelle Vermittlung und durch einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung. Langzeitarbeitslose müssen ein Angebot für sinnvolle und sozial

abgesicherte Tätigkeiten im sozialen Arbeitsmarkt erhalten. Die Solidargemeinschaft ist dazu verpflichtet, sich um jeden Einzelnen zu kümmern und jedem Arbeit und Teilhabe zu ermöglichen – statt sich durch ein bedingungsloses Grundeinkommen von dieser Verantwortung freizukaufen. Wir teilen das Anliegen, Einkommenssicherheit im Lebensverlauf und mehr Zeitsouveränität zu schaffen. Doch wir halten das bedingungslose Grundeinkommen für den falschen Weg.

## ○ **Die Linke**

Wir vertreten ein etwas anderes Konzept: Wir wollen, dass alle Menschen vor Armut geschützt sind und am Leben teilhaben können. Deshalb setzen wir uns für ein solidarisches Mindesteinkommen von 1.200 Euro ein – für alle, die es brauchen. Egal ob in Rente, Kurzarbeit, Erwerbslosigkeit oder im Bafög – kein volljähriger Mensch soll weniger haben. Es darf nicht gekürzt werden: Schluss mit Hartz IV und den Sanktionen! Und wir kämpfen für bessere Löhne und eine 4-Tage-Woche. Wir sind Teil der gesellschaftlichen Debatte über ein bedingungsloses Grundeinkommen und führen die Diskussion weiter.

## ○ **Die Grünen**

Jeder Mensch hat das Recht auf soziale Teilhabe und auf ein würdevolles Leben ohne Existenzangst. Deswegen wollen wir Hartz IV überwinden und durch eine Garantiesicherung ersetzen. Sie schützt vor Armut und garantiert das soziokulturelle Existenzminimum, ohne Sanktionen. Wir streben an die soziale Sicherung schrittweise weiter zu vereinfachen, indem wir die existenzsichernden Sozialleistungen zusammenlegen und ihre Auszahlung in das Steuersystem integrieren. Verdeckte Armut wird überwunden. Dabei orientieren wir uns an der Leitidee eines Bedingungslosen Grundeinkommens.

## ○ **FDP**

Wir lehnen ein bedingungsloses Grundeinkommen ab. Die Grundsicherung muss aber unbürokratischer, würdewahrender und chancenorientierter werden – unser Modell dafür ist das einkommens- und vermögensabhängige Liberale Bürgergeld. Ein Grundeinkommen wäre leistungsfeindlich, teuer und ungerecht.

## ○ **CDU**

Wir wollen Arbeit statt Arbeitslosigkeit fördern. Ziel der CDU ist es, dass es in Deutschland allen möglich sein soll, existenzsichernde Einkommen zu erzielen. Mit dem gesetzlichen Mindestlohn wurde dazu ein Beitrag geleistet. Wir sehen es im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe als zielführender an, die Bürgerinnen und Bürger mit Blick auf ihre konkrete Lebenssituation finanziell zu unterstützen und Anreize für Beschäftigung zu setzen, anstatt ein bedingungsloses Grundeinkommen zu zahlen.

•

- **Wieso subventionieren wir dinge die unserer gesellschaft und dem planeten schaden? und: werden sie das ändern?**

- **FDP**

Zahlreiche Subventionen drücken das übersteigerte Bedürfnis unseres Staates aus, gesellschaftliche und wirtschaftliche Prozesse kleinteilig steuern und lenken zu wollen. Solche Subventionen kosten häufig sehr viel, nützen meist nur wenigen und bringen ungewollte Folgen mit sich. Wir wollen die Subventionen des Bundes stufenweise abzuschmelzen. Für neue Subventionen soll eine „One in, two out“-Regelung gelten. Demnach ersetzt eine neue Subvention zwei alte, damit die Subventionen stetig weniger werden. Auch beim Klimaschutz wollen wir das kleinteilige Wirrwarr von Subventionen und Regulierungen durch ein wirkungsvolles Gesamtkonzept ersetzen: Ein strenges gesetzliches CO<sub>2</sub>-Limit in Verbindung mit einer Ausweitung des europäischen Emissionshandels auf alle Sektoren der Volkswirtschaft.

- **Die Linke**

Subventionen dienen der politischen Wirtschaftssteuerung und sollen erwünschte Handlungen privater Marktakteure fördern. Wir wollen als Kriterien: natürliche Lebensgrundlagen schützen und sozialen Zusammenhalt fördern. Natur- und umweltzerstörende Subventionen wie die Milliarden für Dieseltreibstoff, Flugbenzin und »Biotreibstoff« wollen wir beenden. Wir fördern eine regional ausgerichtete Energiewende und energetische Gebäudesanierung, die nicht auf Kosten der Mieter gehen („warmmietenneutral“). Agrarsubventionen wollen wir nicht mehr nach der Anbaufläche vergeben. Unternehmen, die Zuwendungen erhalten, müssen Beschäftigung garantieren und Tarifverträge einhalten. Für die Sicherung der gesellschaftlichen Teilhabe aller wollen wir uns nicht allein auf die Steuerung durch Subventionen verlassen, sondern die Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand organisieren.

- **Die Grünen**

Immer noch wird klimaschädliches Verhalten mit über 50 Milliarden Euro subventioniert. Das wollen wir endlich ändern. Denn das ist nicht nur gut für unsere Umwelt, sondern würde auch Mittel für wichtige Zukunftsinvestitionen frei machen. So wollen wir die Dieselsubvention schrittweise beenden und die Dienstwagenbesteuerung ökologischer gestalten. Auch beim Flugverkehr gilt es umweltschädliche Subventionen abzubauen und fortlaufende Finanzhilfen für Flughäfen zu beenden. Die EU-Agrarförderung wollen wir erhalten. Wir wollen diese Mittel aber in eine Landwirtschaft investieren, die mit und nicht gegen die natürlichen Grundlagen wirtschaftet und in der Tiere mit Respekt gehalten werden. Die Fischereisubventionen müssen auf eine ökologische Meeresnutzung ausgerichtet werden.

- **SPD**

Unser Ziel ist Klimaneutralität bis 2045. Seit 250 Jahren wird unsere Wirtschaft von Kohle und Öl angetrieben – jetzt wird diese Epoche innerhalb von nur 25 Jahren zu Ende gehen. Wir werden dazu den Umstieg auf klimaschonende Produktionsprozesse durch direkte Investitionsförderung staatlich unterstützen und die derzeitigen höheren Kosten von klimaschonenden Technologien ausgleichen. Klima- und umweltschädliche Subventionen werden wir abbauen. Und: Wir werden die öffentliche Beschaffung so ausrichten, dass sie Innovationsimpulse setzt und nachhaltig ist. In Deutschland werden jährlich über 300 Milliarden € im Rahmen der öffentlichen Auftragsvergabe umgesetzt. Die öffentliche Hand muss als große Abnehmerin von Produkten und Dienstleistungen Verantwortung übernehmen.

•

- **Wie können wir den ländlichen raum stärken?**

- **FDP**

Der ländliche Raum hat in den letzten Jahren darunter gelitten, dass es politisch versäumt wurde, eine zeitgemäße digitale Infrastruktur aufzubauen. Damit Unternehmen, Knowhow und Arbeitsplätze vor Ort entstehen und bleiben können, setzen wir uns zum Ziel, bis zum Jahr 2025 bundesweit ein hochleistungsfähiges Mobilfunknetz sowie flächendeckendes Breitband-Internet bereitzustellen. Den Ausbau beschleunigen wir, indem wir Gigabit-Gutscheine für Privathaushalte und Unternehmen einführen, mit denen ein Teil der Kosten für die Aufrüstung erstattet wird. Schulen und Kitas in ländlichen Regionen stärken wir finanziell durch einen festen Sockelbetrag entsprechend der Größe der Einrichtung und indem wir pro Kind einen Zuschuss durch Bildungsgutscheine gewähren.

- **Die Linke**

Durch eine sinnvolle Regionalentwicklung, die den Menschen langfristige Perspektiven bietet. Wir wollen z.B. regionale Versorgungszentren schaffen, die auch zum Rückgrat der wohnortnahen Gesundheitsversorgung werden. Dorfentwicklung ist mehr als Wohnen: Es braucht öffentliche Räume und Plätze der Begegnung und soziale und kulturelle Einrichtungen. Wir schlagen ein Förderprogramm »Jedes Dorf braucht einen Laden!« und eine Reform des Gewerbemietrechts zum Schutz und für die Wiederansiedlung kleiner Läden, Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe vor. Außerdem reaktivieren wir stillgelegte Bahnstrecken. Der ländliche Raum braucht eine Mobilitätsgarantie mit öffentlichem Verkehr, d.h. Anbindung der Gemeinden untereinander und zum nächsten städtischen Zentrum mindestens im Stundentakt von 6 bis 22 Uhr. Breitbandinternet muss endlich flächendeckend sein, die Funklöcher restlos geschlossen werden, am besten geht das durch die öffentliche Hand.

## ○ **Die Grünen**

Für ein gutes Leben in allen Regionen brauchen wir eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, gute Infrastruktur und Zugang zu öffentlichen Gütern. Deshalb verankern wir eine neue Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge“ im Grundgesetz. Mit Regionalbudgets geben wir Menschen vor Ort die Möglichkeit, ihre Kommunen selbstbestimmt zu entwickeln. Für Versorgungsbereiche wie Gesundheit, Mobilität sowie Breitband- und Mobilfunkversorgung formulieren wir Mindeststandards. Wir fördern Initiativen zur Wiederansiedlung von Lebensmittelgeschäften in kleinen Ortschaften und unterstützen Landesprogramme zu Markttreffs, z.B. wenn Supermärkte so umbauen, dass sie Café, Bank- und Postfiliale integrieren. Kommunen sollen Zuschüsse bekommen, wenn sie öffentliche Einrichtungen, Sporthalle, Bibliothek, Spielplatz oder Kino in einem Kulturzentrum zusammenfassen.

## ○ **SPD**

Die Stärkung ländlicher Räume ist eines unserer zentralen Politikziele. Menschen leben gerne in einer Region, wenn sie dort gute Arbeit finden und eine funktionierende Infrastruktur für ihre alltäglichen Bedürfnisse haben. Dazu gehört eine gute Verkehrsinfrastruktur, ein leistungsfähiger ÖPNV sowie schnelles Internet. Wir wollen eine Mobilitätsgarantie mit einem wohnortnahen Anschluss an den öffentlichen Verkehr und einen schnelleren Breitbandausbau. Außerdem sind gute Schulen, Kitas, Kultureinrichtungen und Sportstätten, medizinische Versorgung und wohnortnahe Einkaufsmöglichkeiten wichtig für die Attraktivität einer Region. Dafür werden wir mehr finanzielle Mittel bereitstellen.

•

## • **Wie wird mit dem Klimawandel umgegangen?**

### ○ **SPD**

Den Klimawandel zu stoppen ist eine Menschheitsaufgabe. Wir wollen 2045 komplett klimaneutral sein. Dazu brauchen wir einen Boom an erneuerbaren Energien. Je schneller der Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien und je schneller der Bau der nötigen Stromleitungen und Verteilnetze, desto eher kann auf fossile Energieträger verzichtet werden. Den Umstieg auf klimaschonende Produktionsprozesse werden wir durch direkte Investitionsförderung staatlich unterstützen und die derzeitigen höheren Kosten von klimaschonenden Technologien ausgleichen. Wir müssen aber auch unsere globalen Anstrengungen zur Bekämpfung des Klimawandels und dessen Folgen verstärken. Die Länder, die besonders stark vom Klimawandel betroffen sind, werden wir umfassend unterstützen.

### ○ **Die Grünen**

Die Klimakrise ist die größte ökologische Herausforderung unseres Jahrhunderts. Sie

verursacht immer mehr Wetterkatastrophen, trocknet Böden aus, verknappt Wasser, tötet tausende Tier- und Pflanzenarten, zerstört unsere Lebensgrundlagen und unsere Gesundheit. Sie verschärft Kriege, befeuert die globale Ungerechtigkeit und zwingt unzählige Menschen in die Flucht. Es ist für uns alle überlebenswichtig, dass unverzüglich der Ausstoß des klimaschädigenden CO<sub>2</sub> reduziert wird. Deshalb ist hier entschiedenes Handeln erforderlich: Schnellstmöglicher Ausstieg aus der Kohlekraft, konsequente Förderung des Ausbaus erneuerbarer Energien, mehr und besseren ÖPNV, der Ausstieg aus dem fossilen Verbrennungsmotor, Abbau klimaschädlicher Subventionen und Steuerprivilegien wie z.B. beim Dieselkraftstoff oder auch beim Kerosin für Flugzeuge.

### ○ **FDP**

Wir wollen den Klimawandel mit technischen Innovationen bekämpfen, nicht mit Verboten. Unsere Idee: Es wird genau festgelegt, wieviel CO<sub>2</sub> im Jahr ausgestoßen werden darf. Für den Ausstoß müssen Zertifikate erworben werden, die von Jahr zu Jahr weniger und damit teurer werden. Die Einnahmen daraus wollen wir als Klimadividende an die Bürgerinnen und Bürger zurückzahlen. So werden die Klimaziele sicher erreicht und wir schaffen Anreize für Investitionen in klimafreundliche Technologien. Unser Ziel ist es, den bestehenden EU-Emissionshandel (EU-ETS) schnellstmöglich auf alle Sektoren und geographisch auszuweiten.

### ○ **CDU**

Von dieser Partei haben wir keine Antwort auf die Frage erhalten.

### ○ **Die Linke**

Als Teil der Klimabewegung kämpfen wir für Klimagerechtigkeit, global und in Deutschland. Wir kämpfen für das 1,5 Grad Ziel. Klimaschutz darf aber nicht diejenigen belasten, die es jetzt schon schwer haben: Wir setzen nicht auf unsoziale Marktinstrumente wie Emissionshandel oder CO<sub>2</sub>-Bepreisung, sondern auf klare Regeln und Vorgaben, vor allem für Konzerne. Wir schaffen Alternativen: Den ÖPNV machen wir in 5 Jahren überall kostenlos, wir bauen Bahn und Schiene aus. Ausstieg aus der Kohle bis 2030, Investitionen in Erneuerbare und klimaneutrale Jobs. Wir sorgen für gerechte Übergänge für die Beschäftigten und einen fairen Strukturwandel. Bis 2035 erreichen wir Klimaneutralität.

•

- **Wann werden soziale berufe gerecht bezahlt?**

## ○ **FDP**

Die Bezeichnung „soziale Berufe“ ist sehr pauschal, denn vom Straßenreiniger über den Krankenpfleger bis zur Richterin dienen viele Berufe dem Allgemeinwohl. Genauso unterschiedlich sind die Arbeitsverhältnisse, denn Menschen in „sozialen Berufen“ können direkt beim Staat, selbstständig oder bei Institutionen in öffentlicher wie privater Trägerschaft beschäftigt sein. In vielen Fällen hat die Bundespolitik keinen direkten Einfluss auf die Bezahlung, weil die Löhne durch Tarifpartner ausgehandelt werden. Wir setzen uns jedenfalls dafür ein, kleine und mittlere Einkommen bei Steuern und Abgaben spürbar zu entlasten, damit denen, die hart arbeiten, mehr von ihrem Lohn bleibt.

## ○ **Die Linke**

Soziale Arbeit wird zu schlecht bezahlt, weil Sorge-Arbeit als „Frauenberufe“ gelten. Frauen verdienen im Schnitt viel schlechter als Männer. Aber wem wir Menschen anvertrauen, soll nicht schlechter bezahlt werden als wem wir unser Geld anvertrauen! Die Grundgehälter in der Pflege wollen wir um 500 Euro anheben, das hilft auch gegen den Fachkräftemangel. Als Sofortmaßnahme gegen den Pflegenotstand finanzieren wir das über den Bund. Wir stärken die Gewerkschaften, damit alle wieder unter Tarifverträge fallen, das stärkt die Löhne. Wir besteuern hohe Vermögen, damit bessere Gehälter in der soziale Arbeit finanziert werden können. Ins Zentrum der Wirtschaft gehört Gemeinnützigkeit nicht Profit.

## ○ **SPD**

Die Corona-Pandemie hat deutlich gezeigt, wie groß bei manchen Berufsgruppen die Lücke zwischen der Wichtigkeit der Arbeit für die Gesellschaft und dem Lohn ist. Dazu gehören die sozialen Berufe. Wir wollen die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den sozialen Berufen schnell verbessern. Unser Ziel sind gute Tariflöhne in allen Bereichen. Auch die Arbeits- und Stressbelastung muss gesenkt werden. Wir werden deshalb einen einheitlichen Personalbemessungsrahmen in der Pflege einführen. Erzieher\*innen, Lehrer\*innen, Sozialpädagog\*innen und Beschäftigte in der Jugendhilfe machen mit großem Engagement und viel Leidenschaft ihre Arbeit, doch auch hier fehlt es an Personal. Unser Ziel ist es, die Zahl der Nachwuchskräfte in den erzieherischen Berufen bis 2030 bundesweit zu verdoppeln.

## ○ **Die Grünen**

So schnell wie möglich. Die sozialen Berufe leisten einen unschätzbaren Beitrag für unsere Gesellschaft. Derzeit müssen Beschäftigte in diesem Bereich aber zu oft über ihre Belastungsgrenzen hinaus arbeiten. Unterbesetzung, Überstunden und Überforderung sind Alltag. Um die Arbeitsbedingungen zu verbessern braucht es nicht nur mehr Lohn, Arbeitsschutz und Anerkennung, sondern vor allem mehr Kolleg\*innen und mehr Zeit. Wir wollen durch verbindliche, bedarfsgerechte Personalbemessung die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, mehr eigenverantwortliche Arbeit von Fachkräften, den Abbau unnötiger Bürokratie und neue Arbeitszeitmodelle (z.B. der 35-Stunden-Woche in der Pflege bei vollem Lohnausgleich) Arbeitsbedingungen schaffen, unter denen Menschen gern in der

Pflege arbeiten.

- **CDU**

Von dieser Partei haben wir keine Antwort auf die Frage erhalten.

- **Welches Verkehrsmittel ist in urbanen räumen das Verkehrsmittel der Zukunft? Was haben sie vor um dieses zu stärken?**

- **Die Linke**

Wir setzen auf den öffentlichen Nahverkehr. Den bauen wir aus und machen ihn innerhalb von 5 Jahren überall kostenlos. Das „eine“ Verkehrsmittel gibt es nicht. Wir setzen auf den gesamten „Umweltverbund“ bestehend aus Fuß, Fahrrad, Bus und Bahn (Straßenbahn, S- und U-Bahn, Regionalverkehr). Wenn viele Menschen dieselben Wege zurücklegen, ist es am sinnvollsten, sie tun dies gemeinsam. Bus besser als Auto, Bahn besser als Bus. Wir investieren so viel wie nie zuvor in den Ausbau öffentlicher, gemeinsam genutzter Verkehrsmittel. Wir reaktivieren stillgelegte Bahnstrecken und halbieren die Ticketpreise. So werden auch Menschen mobil, die sich kein Auto leisten können oder wollen.

- **FDP**

Wir wollen alternative Mobilitätskonzepte erkunden, ohne bestimmte Technologien zu bevorzugen. Denn weder die Politik noch Behörden können im Voraus wissen, welche Produkte und Technologien sich im Alltag durchsetzen. Viele bahnbrechende Innovationen wie etwa der PC oder das Smartphone wurden zu Anfang unterschätzt. Wir fordern daher technologieoffene Gesetze und Verordnungen im Bereich Mobilität. Wir wollen die Zulassungs- und Testverfahren für neue Ideen vereinfachen und die Innovationsförderung voranbringen. Sprunginnovationen wie das autonome Fahren, das Hochgeschwindigkeitssystem Hyperloop, Drohnen oder Flugtaxi wollen wir gezielt fördern. Die Menschen sollen aber am Ende selbst entscheiden, wie sie am besten von A nach B kommen.

- **Die Grünen**

Das eine „richtige“ Verkehrsmittel gibt es natürlich nicht. Wir sehen aber, dass die Bedingungen für den Verkehr in Deutschland seit langem einseitig auf das Auto ausgerichtet sind. Das wollen wir ändern, indem wir den öffentlichen Personenverkehr und das Radfahren deutlich stärken und fördern. Wir wollen die Fahrgastzahlen verdoppeln, die Schienennetze und den Nahverkehr in Stadt und Land ausbauen und barrierefrei gestalten. Teil unserer Vision ist zudem ein lückenloses Fahrradnetz in

ganz Deutschland mit Anschlüssen in den Grenzregionen. Das Auto von morgen wird hingegen mit Strom aus erneuerbarer Energie fahren, leise, sicher und schadstofffrei – ohne Benzin oder Diesel.

- **SPD**

Es wird nicht das eine zentrale Verkehrsmittel geben: Aber dort, wo mit dem ÖPNV eine echte Alternative zur Verfügung steht, wird das private Auto nicht mehr die zentrale Rolle spielen. Wir werden vor allem die Angebote verbessern, indem wir den ÖPNV ausbauen, Mobilitätsstationen an den Stadträndern etablieren und diese effektiv mit alternativen Mobilitätsmöglichkeiten verknüpfen. Ein moderner Nahverkehr muss sich an den Bedürfnissen der Nutzenden ausrichten wie zum Beispiel mehr Flexibilität, höhere Qualität des Angebots, mehr Komfort und die Einbindung neuer Angebote wie Ride-Sharing oder Pooling. Mit Förderprogramme wollen wir Kommunen außerdem dabei unterstützen, mehr Fläche für öffentlichen Verkehr, Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen zu schaffen.

- **CDU**

Von dieser Partei haben wir keine Antwort auf die Frage erhalten.

•

- **Mit welchen zwei wichtigsten Maßnahmen wollen sie klimapositive Ziele erreichen?**

- **Die Grünen**

Wir werden ein Klimaschutz-Sofortprogramm auf den Weg bringen, das in allen Sektoren sofort wirksame Maßnahmen anstößt und unser Land auf den 1,5-Grad-Pfad führt. Erstens wollen wir die Erneuerbaren schneller und konsequent ausbauen und den Kohleausstieg auf das Jahr 2030 vorziehen. Unser Ziel ist es, bis 2035 100 Prozent erneuerbare Energien zu erreichen. Zweitens entlasten wir vor allem Geringverdiener\*innen mit einem Energiegeld, einer Reduzierung der EEG-Umlage und einem Klimabonus – so wird Klimaschutz sozial gerecht. Mit jährlichen Investitionen von 50 Milliarden Euro in die sozial-ökologische Transformation schaffen wir sichere Arbeitsplätze und ein modernisiertes Land.

- **SPD**

Die Corona-Pandemie hat deutlich gezeigt, wie groß bei manchen Berufsgruppen die Lücke zwischen der Wichtigkeit der Arbeit für die Gesellschaft und dem Lohn ist. Dazu gehören die sozialen Berufe. Wir wollen die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den sozialen Berufen schnell verbessern. Unser Ziel sind gute Tariflöhne in allen Bereichen. Auch die Arbeits- und Stressbelastung muss gesenkt werden. Wir werden deshalb einen einheitlichen Personalbemessungsrahmen in der Pflege einführen.

Erzieher\*innen, Lehrer\*innen, Sozialpädagog\*innen und Beschäftigte in der Jugendhilfe machen mit großem Engagement und viel Leidenschaft ihre Arbeit, doch auch hier fehlt es an Personal. Unser Ziel ist es, die Zahl der Nachwuchskräfte in den erzieherischen Berufen bis 2030 bundesweit zu verdoppeln.

## ○ **Die Linke**

Zwei Maßnahmen reichen natürlich nicht aus, um das Klima zu schützen. In unserem Wahlprogramm schlagen wir deshalb ein umfassendes Klimaschutzprogramm vor. Bis 2035 wollen wir Klimaneutralität erreichen. Zwei für uns besonders wichtige Maßnahmen können wir aber nennen. Erstens: Wir machen den Öffentlichen Nahverkehr flächendeckend in ganz Deutschland kostenlos. So schützen wir das Klima und machen Menschen mobil - unabhängig von ihrem Geldbeutel. Das schaffen wir innerhalb von fünf Jahren. Zweitens: Den Kohleausstieg ziehen wir auf 2030 vor. Mit Investitionen in Höhe von 40 Mrd. Euro sorgen wir für einen gerechten Strukturwandel und faire Übergänge für die Beschäftigten in den Kohlerevieren.

## ○ **FDP**

Unser zentraler Vorschlag für einen besseren Klimaschutz ist die schnellstmögliche Ausweitung des EU-Emissionshandels (EU-ETS) auf alle Sektoren und über Europa hinaus. Die Politik gibt vor, wieviel CO<sub>2</sub> im Jahr ausgestoßen werden darf. Für den Ausstoß müssen Erlaubnisscheine (sog. Zertifikate) erworben werden, die von Jahr zu Jahr weniger und damit teurer werden. Unsere zweite Maßnahme bezieht sich auf den sozialen Ausgleich: Da die kontinuierliche Verknappung der Zertifikate zu höheren Preisen, aber auch staatlichen Einnahmen führen wird, wollen wir die Rückzahlung eines jährlich zu berechnenden Betrags, einer „Klimadividende“, an jede Bürgerin und jeden Bürger gewährleisten und die Energiebesteuerung drastisch absenken.

## ○ **CDU**

Von dieser Partei haben wir keine Antwort auf die Frage erhalten.

•

## • **Wie stehen sie zu Rassismus innerhalb der polizei?**

### ○ **FDP**

Wir erkennen die Bekämpfung von Rassismus als besondere Herausforderung an. Das Fehlverhalten einzelner Beamtinnen und Beamter einschließlich der Bedingungen, die zu dem Fehlverhalten geführt haben, müssen aufgeklärt werden. Damit wollen wir das Vertrauen in die Polizei stärken. Denn die große Mehrheit der Polizistinnen und Polizisten leistet eine hervorragende Arbeit. Es darf daher keinen Generalverdacht gegenüber unserer Polizei geben. Wir setzen uns für die Schaffung eines Beirats

„Innere Führung“ bei der Polizei ein, der Kriterien für Fehlerkultur und Selbstreflexion in der Polizeiarbeit erarbeiten soll. Polizeiliches Handeln muss immer nachvollziehbar sein, wir fordern daher eine pseudonyme Kennzeichnungspflicht für Beamtinnen und Beamte.

## ○ **Die Linke**

Wir halten Rassismus bei der Polizei für ein Problem. In den letzten Jahren sind zahlreiche rechte Netzwerke aufgedeckt worden. Die dokumentierten Fälle von Diskriminierung durch die Polizei haben sich 2019 verdoppelt. Jedes Jahr gibt es hunderte Fälle von rechtswidriger Polizeigewalt. Wir finden: Eine bürgernahe Polizei muss die Rechte von Migrant\*innen und Menschen, die von Rassismus betroffen sind, schützen. Deswegen fordern wir eine Polizeireform: mit einer unabhängigen Untersuchung rechter Einstellung, der Einrichtung von unabhängigen Beschwerdestellen, dem effektiven Verbot von racial profiling, einer Änderung der Polizeiausbildung und anonymisierten Bewerbungsverfahren bzw Quoten damit die Zusammensetzung der Polizei die Bevölkerung widerspiegelt.

## ○ **Die Grünen**

Die meisten Polizist\*innen gehen verantwortungsvoll mit ihren Befugnissen um, aber jeder Fall, in dem das anders ist, ist einer zu viel. Strukturelle Mängel müssen behoben, die Fehlerkultur muss verbessert und Missstände und Fehler in der Polizeiarbeit müssen mitgeteilt werden können. Deshalb werden wir “Racial Profiling” beenden, eine Kennzeichnungspflicht für alle Bundespolizist\*innen einführen und eine/n Bundespolizeibeauftragte/n beim Deutschen Bundestag schaffen, an den sich Polizeibedienstete wie auch Bürger\*innen wenden können. Wir wollen Antirassismus zu einem festen Bestandteil der Aus- und Fortbildung in der Polizei machen und den Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund unter den Beamten erhöhen.

## ○ **CDU**

Von dieser Partei haben wir noch keine Antwort auf die Frage bekommen.

## ○ **SPD**

Rechtsextremismus und Rassismus in Sicherheitsbehörden oder auch bei der Bundeswehr bekämpfen wir konsequent. Wir wollen, dass unsere Sicherheitsbehörden frei von Stigmata und Rassismen im Kopf arbeiten. Nur dann können sie ihrer herausfordernden Aufgabe objektiv und gut gerecht werden. Dafür soll die Aus- und Weiterbildung unserer Sicherheitsbehörden verbessert werden und insbesondere eine regelmäßige Supervision stattfinden. Und wir wollen, dass sich unsere Polizist\*innen sicher und wertegeschätzt fühlen. Es ist unakzeptabel, dass Polizist\*innen und Rettungsdienste wie auch Behördenmitarbeiter\*innen zunehmend angegriffen und beleidigt werden. Sie verdienen Anerkennung und Respekt für ihre Arbeit.

•

- **Welche verkehrs-alternativen schlagen sie im ländlichen raum vor?**

- **Die Grünen**

Gerade auch im ländlichen Raum muss der öffentliche Personennahverkehr ausgebaut und gestärkt werden. Zusammen mit den Ländern werden wir eine Zukunfts- und Ausbauoffensive starten, durch eine Mobilitätsgarantie flächendeckende Anbindungen schaffen, Investitionen in Fahrzeuge und das ÖPNV-Netz erhöhen und Finanzierungsinstrumente wie das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und die Regionalisierungsmittel für diese Ziele ausbauen. Den Einsatz von emissionsfreien Bussen wollen wir durch ansteigende Quoten und durch attraktive Förderung für die Kommunen vorantreiben. Länder, Kommunen und Verbände wollen wir außerdem dabei unterstützen, attraktive Preisangebote bis hin zu ticketlosem ÖPNV zu machen und neue Finanzierungsquellen wie eine Umlagefinanzierung zu erschließen.

- **Die Linke**

Wir wollen den Öffentlichen Nahverkehr kostenfrei machen und ausbauen. Wir wollen eine Mobilitätsgarantie für den ländlichen Raum. Das heißt Anbindung der Gemeinden untereinander und zum nächsten städtischen Zentrum mit öffentlichen Verkehrsmitteln mindestens im Stundentakt von 6 bis 22 Uhr. Dies wollen wir als kommunale Pflichtaufgabe verankern, dafür erhalten die Kommunen großzügig Geld von Bund. Angebote wie Bürgerbusse oder Anrufsammeltaxis sowie moderne Flächenruffbussysteme und auch Taxen können einbezogen werden und die Grundversorgung ergänzen. Zusätzlich sollten Mobilitätsstationen mit geteilten Verkehrsmitteln aufgebaut werden. In ganz Deutschland reaktivieren wir stillgelegte Bahnstrecken, so wird der ländliche Raum auch wieder flächendeckend ans Schienennetz angebunden.

- **FDP**

Wir dürfen Mobilität nicht nur aus der Perspektive derer denken, die in den urbanen Zentren leben. Individuelle Mobilität und das Auto bilden gerade für die Menschen im ländlichen Raum ein zentrales Verkehrsmittel. Wir können nicht das Ausbluten des ländlichen Raums oder hohe Mieten in Stadtzentren beklagen, aber gleichzeitig versuchen, das Auto zu verdrängen. Darum halten wir daran fest. Mit Hilfe von Elektromotoren, Wasserstoff und alternativen Kraftstoffen werden wir den Individualverkehr der Zukunft klimaneutral gestalten. Die Verkehrsträger des ÖPNV auszubauen ist ebenfalls wichtig, aber eine Anbindung jedes einzelnen Dorfes an das Schienennetz oder ausreichend eng getaktete Busfahrpläne erscheinen mehr als unrealistisch.

- **SPD**

Alle Bürger\*innen müssen schnell, zuverlässig und klimafreundlich von A nach B gelangen können. Dafür denken wir Mobilität neu: Nachhaltig, bezahlbar, barrierefrei und verlässlich. Unsere Mission ist eine klimaneutrale Mobilität für alle und eine

Mobilitätsgarantie: Jede\*r Bürger\*in – in der Stadt und auf dem Land - soll einen wohnortnahen Anschluss an den öffentlichen Verkehr haben. Dazu nutzen wir die Möglichkeiten der Digitalisierung: mit neuen Mobilitätsdienstleistungen, die vernetzte Mobilitätsangebote auf digitalen Plattformen nutzbar machen. Modelle wie das 365-Euro-Ticket oder Modellprojekte für einen ticketfreien Nahverkehr werden wir unterstützen.

- **CDU**

Menschen sollen so mobil sein, wie sie möchten: individuell, flexibel und umweltfreundlich. Dabei ist uns die Wahlmöglichkeit zwischen den Verkehrsangeboten, aber auch die Vernetzung und Digitalisierung von Mobilität ein Anliegen. Wir wollen einen flächendeckenden Mindeststandard schaffen, der allen Menschen einen gleichwertigen, barrierearmen und einfachen Zugang zum ÖPNV ermöglicht. Attraktive Verkehrskonzepte für ländliche Räume umfassen eine Verzahnung zwischen Individualverkehr und dem ÖPNV. Wir wollen dafür Mobilitätsstationen entstehen lassen und durch vernetzte Wegeketten ein Rückgrat für die nachhaltige Mobilität im ländlichen Raum formen. Eine wichtige Ergänzung sind Poolingangebote und Bedarfshalte.

•

- **Hätte der militäreinsatz in afghanistan weitergeführt werden müssen?**

- **SPD**

Im Rahmen des vom ehemaligen Präsidenten Trump unterzeichneten Abkommen mit den Taliban haben die USA nach 20 Jahren ohne Bedingungen ihre Truppen aus Afghanistan abgezogen. Das bedeutete, dass auch die anderen NATO-Partner ihre Soldatinnen und Soldaten abziehen mussten. Außenminister Heiko Maas hatte wiederholt deutlich gemacht, dass ein Abzug an Bedingungen wie ein Friedensvertrag und eine inklusive Regierung für Afghanistan geknüpft sein sollten. Deutschland hat gleichzeitig erklärt, dass ein Abzug nicht das Ende ihrer Unterstützung für die Afghaninnen und Afghanen bedeutet. Jetzt geht es vor allem darum, die ehemaligen afghanischen Ortskräfte, für die Deutschland Verantwortung trägt, und besonders gefährdete Personen, wie Menschen- und Frauenrechtverteidiger, Journalisten und Journalistinnen oder Kulturschaffenden, die Ausreise zu ermöglichen.

- **Die Grünen**

Wir haben dem Bundeswehreinsatz in Afghanistan in den letzten Jahren im Bundestag mehrheitlich nicht zugestimmt. Wir standen der Entwicklung dieses Einsatzes insgesamt kritisch gegenüber und vermissen bis heute eine unabhängige Evaluation der Mission. Die Sicherheitslage im Land ist auch nach 20 Jahren des internationalen Engagements und zahlreichen militärischen Strategiewechseln dramatisch. Das zeigt, dass ein militärisches Eingreifen nicht zielführend ist, wenn die Einbettung in ein

politisches Gesamtkonzept fehlt und es keine klare Abzugsperspektive gibt. Es war fatal, dass US-Präsident Trump die Taliban an den Verhandlungstisch geholt hat, ohne Zugeständnisse einzufordern und ohne die legitime afghanische Regierung einzubeziehen. In dieser Situation einfach weiter militärisch in Afghanistan engagiert zu bleiben, hätte nichts verbessert, sondern vieles verschlimmert. Aber dass dieser Abzug so kopflos, unkoordiniert und ohne jeden Plan, wie die Menschen in Afghanistan ein würdiges Leben führen können, vollzogen wurde, war fatal.

## ○ **FDP**

Heute wissen wir: Die Entscheidung der USA für einen Abzug aus Afghanistan zu einem festen Termin und ohne klare Vorbedingungen war ein Fehler. Rückblickend hätte sich Deutschland gemeinsam mit den anderen NATO-Partnern gegenüber Washington stärker dafür einsetzen müssen, dass eine tragfähige innerafghanische Friedenslösung gefunden werden muss. Letzten Endes hing die Fortführung des Einsatzes aber von den Vereinigten Staaten als Führungsmacht ab, die dazu nicht mehr bereit waren. Europa wird zukünftig mehr internationale Verantwortung übernehmen müssen. Wir wollen deshalb Diplomatie und Entwicklungszusammenarbeit stärken sowie die Bundeswehr moderner und besser ausstatten. Zudem setzen wir uns für den Ausbau der europäischen Verteidigungsunion ein.

## ○ **Die Linke**

Nein, er hätte nie begonnen werden dürfen. Das Afghanistan-Desaster spiegelt die verfehlte Strategie des „War on Terror“. Zehntausende Zivilisten und tausende NATO-Soldaten sind gestorben. Allein der Bundeswehreinsatz hat 12,5 Milliarden Euro gekostet. Doch nach 20 Jahren Krieg sind die Taliban zurück, nun ausgerüstet mit westlichen Waffen im Wert von hunderten Millionen Dollar. Profitiert haben davon nur die Rüstungskonzerne. Das zeigt: es braucht eine andere Außenpolitik: Weg vom Fokus auf Militär und Aufrüstung - hin zu Bekämpfung der Ursachen von Gewalt und Terror. Deswegen wollen wir massiv in Frieden, Gerechtigkeit und Demokratie investieren. Das schafft wirklich mehr Sicherheit - für alle.

## ○ **CDU**

Für den Afghanistaneinsatz galt der Grundsatz, „zusammen rein, zusammen raus“. Nachdem die USA entschieden haben, aus Afghanistan abzuziehen, war klar, dass die anderen ausländischen Truppen auch abziehen mussten. Besser wäre es gewesen, wenn der Abzug ohne festen Abzugstermin und mit belastbarem Friedensabkommen erfolgt wäre. Das eigentliche Ziel, keine Terrorgefahr aus Afghanistan heraus mehr zuzulassen, hat der Afghanistaneinsatz erfüllt. Dennoch darf nicht der Eindruck vermittelt werden, wir könnten im Rahmen von „Nationbuilding“ aus einem Land wie Afghanistan schnell einen Staat nach europäischem Vorbild machen. Im Hinblick auf andere Auslandseinsätze ist es wichtig, realistische politische Ziele zu definieren und umzusetzen.

•

- **Wie können wir Nachhaltigkeit und unser Wirtschaftssystem, das auf Wachstum basiert, vereinen?**

- **CDU**

Das Stichwort hierfür ist nachhaltiges Wachstum, für das wir die Rahmenbedingungen schaffen wollen. Die Soziale Marktwirtschaft ist die Basis unseres Wohlstands. Auch in Zukunft werden wir Wirtschaftskompetenz mit praktizierter Solidarität und effizientem Schutz der Umwelt und des Klimas verbinden. Wir bekennen uns zu den Nachhaltigkeitszielen der UN und zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Nachhaltigkeit ist die Grundlage unseres politischen Handelns - auch aus christlicher Verantwortung heraus – und ein Leitprinzip des Modernisierungsjahrzehnts, zu dem wir die Zwanzigerjahre machen wollen.

- **Die Linke**

Um die Naturzerstörung zu stoppen, müssen wir Ressourcenverbrauch und Emissionen auf ein nachhaltiges Niveau absenken. Unter den Bedingungen des »freien« Weltmarkts und einer auf Profite ausgerichteten Wirtschaft ist Nachhaltigkeit auf Dauer nicht möglich. Wir müssen die Wirtschaft so umbauen, dass sie klaren sozialen und ökologischen Zielen folgt und für die Bedürfnisse der Menschen arbeitet. Wir wollen mit Investitionen Einstiege schaffen in ein neues, sozial gerechtes, klimagerechtes und geschlechtergerechtes Wohlstandsmodell mit einer gerechten Verteilung von Arbeit und Reichtum. Statt blinden Wachstums der Profite wollen wir mehr Zeit und weniger Stress für alle durch kürzere Arbeitszeiten mit Lohn- und Personalausgleich.

- **SPD**

Den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft meistern wir, wenn wir wirtschaftlichen Erfolg zukünftig nicht nur am Bruttoinlandsprodukt messen, sondern am Wohlergehen der gesamten Gesellschaft und der Natur. Und wenn der Staat maßgebliche Impulse gibt: Durch kluge Spielregeln, die soziale und technische Innovationen hervorbringen, durch Förderung von Wissenschaft und Forschung, durch massive und stetige Investitionen in eine moderne Infrastruktur, durch aktive Förderung der Regionen im Wandel und durch Beteiligung der Bürger\*innen und der Beschäftigten. So werden Arbeitsplätze zukunftsfähig und neue gute Arbeitsplätze geschaffen. So sichern wir Einkommen und Perspektiven für alle. Wir wollen einen neuen sozial-ökologischen Gesellschaftsvertrag.

- **FDP**

Eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und CO<sub>2</sub>-Emissionen ist möglich: Die Bundesrepublik hat seit 1990 ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen um rund 30% reduziert, während die Wirtschaft weiter gewachsen ist. Wir wollen diesen Entkopplungsprozess noch

beschleunigen! Das beste Mittel dafür: Ein strenges CO<sub>2</sub>-Limit, das von Jahr zu Jahr immer weiter sinkt. Für den Ausstoß müssen Erlaubnisscheine (sog. Zertifikate) erworben werden, die von Jahr zu Jahr weniger und damit teurer werden. So forcieren wir die Wende hin zum grünen Wachstum und schaffen Anreize für Investitionen in klimafreundliche Technologien. Wir brauchen Forschung, Wissenschaft, Innovationen und die vielen klugen Ideen der Menschen.

### ○ **Die Grünen**

Viele der strukturellen Anreize zum Produzieren, Handeln und Konsumieren stellen uns vor ökologische Probleme dramatischen Ausmaßes und befeuern sozialökonomische Verteilungskrisen, die behoben werden müssen. Um die Lebensbedingungen der Menschheit global zu verbessern, wird auch in der sozialökologischen Transformation Wachstum in bestimmten Bereichen wichtig sein, andere Bereiche werden schrumpfen. Wirtschaftswachstum ist nicht per se das Problem, die mit Wachstumszwängen einhergehende Übernutzung natürlicher Ressourcen und Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft schon. Aus Vorsorge sind unsere Systeme deshalb auf wissenschaftlicher Basis darauf auszurichten, auch beim Wirtschaften innerhalb der planetaren Grenzen stabil zu bleiben – gerade im Hinblick auf wiederkehrende Wirtschafts- und Finanzkrisen.

•

- **Muss das rentensystem nicht komplett überarbeitet werden, sodass eine gerechte verteilung für die nächsten generationen weiterhin gegeben ist? und wenn ja, wie möchte ihre partei dies umsetzen?**

### ○ **Die Grünen**

Die gesetzliche Rentenversicherung wollen wir schrittweise zu einer Bürger\*innenversicherung weiterentwickeln, in die perspektivisch alle einbezogen werden, damit alle gut abgesichert sind. In einem ersten Schritt sorgen wir dafür, dass Selbständige ohne obligatorische Absicherung, z.B. in berufsständischen Versorgungswerken, und Abgeordnete verpflichtend in die gesetzliche Rentenversicherung aufgenommen werden. Um Altersarmut zu verhindern, werden wir die Grundrente reparieren und zu einer echten Garantierente weiterentwickeln, die deutlich mehr Menschen als bisher einbezieht und finanziell besserstellt. Wir wollen die Riester- und die Rürup-Rente durch einen öffentlich verwalteten Bürger\*innenfonds ersetzen. Die öffentliche Zulagenförderung der privaten Altersvorsorge werden wir reformieren und auf niedrige und mittlere Einkommen fokussieren.

## ○ **FDP**

Bei der Rente brauchen wir jetzt in der Tat mutige Reformen, denn die Alterung unserer Gesellschaft schreitet voran – immer mehr Rentnerinnen und Rentner müssen von immer weniger Erwerbstätigen versorgt werden. Wir wollen Fairness für arbeitende Menschen und kommende Generationen. Unser zentraler Reformvorschlag ist die Einführung einer gesetzlichen Aktienrente. Neben dem größeren Betrag, der weiter in die umlagefinanzierte Rentenversicherung fließt, soll ein kleinerer Betrag von zum Beispiel zwei Prozent des Bruttoeinkommens in eine langfristige, chancenorientierte und kapitalgedeckte Altersvorsorge angelegt werden, die als Fonds unabhängig verwaltet wird. Schweden macht uns seit Jahren vor, wie Aktien-Sparen so erfolgreich und risikoarm organisiert werden kann.

## ○ **Die Linke**

Ja, die Teilprivatisierung der Rente war ein Fehler! Immer mehr alte Menschen leben in Armut und vielen Jüngeren fehlt das Vertrauen, überhaupt noch eine Rente zu bekommen und nicht bis 80 arbeiten zu müssen. Die gesetzliche Rente muss wieder den Lebensstand sichern und auf das Niveau erhöht werden, wie es noch in den 90er Jahren der Fall war. Indem wir alle Erwerbstätigen in eine solidarische Rentenversicherung einbeziehen - auch Politiker\*innen, Beamte und Selbständige - ist eine gute Rente dauerhaft für alle finanzierbar. Das gibt es in Österreich und die durchschnittlichen Renten liegen dort 800€ höher als in Deutschland.

## ○ **CDU**

Wir stehen für eine zukunftsfeste Alterssicherung auf drei Säulen: der gesetzlichen Rentenversicherung, der betrieblichen und der privaten Vorsorge. Die gesetzliche Rentenversicherung wird dabei für die meisten Menschen die zentrale Säule bleiben. Wir wollen ein Rentenrecht, das Generationengerechtigkeit sichert und Leistungen sowie Lasten fair und nachvollziehbar verteilt. Um das Vertrauen der aktiven Generation von heute in das System der gesetzlichen Rentenversicherung von morgen zu stärken, brauchen wir eine klare Perspektive, die auch für die nächsten 30 Jahre trägt. Dabei stehen wir für Verlässlichkeit: Wir behalten das Vorsorgeniveau im Auge und schützen die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler vor Überforderung.

## ○ **SPD**

Die gesetzliche Rente ist ein zentrales Versprechen unseres Sozialstaates. Darauf müssen sich Jung und Alt heute und in Zukunft verlassen können. Wir werden daher die Renten stabil halten und eine Erhöhung des Renteneintrittsalters nicht zulassen, da dies für viele eine Rentenkürzung bedeuten würde. Und wir setzen uns für den Ausbau der Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung ein, in die alle einzahlen und Ansprüche erwerben - auch Berufspolitiker\*innen, Beamt\*innen und Selbständige. Der beste Weg, das Rentensystem gerecht und sicher für die nächste Generation zu gestalten, sind eine hohe Beschäftigungsquote und steigende Löhne – dafür werden wir sorgen.

- **Planen sie steuererleichterungen? wenn ja, für wen und wie wollen sie diese erleichterungen finanzieren?**

- **Die Linke**

Ja, wir wollen alle entlasten, die weniger als 6.500 Euro brutto im Monat verdienen (Single, SK I). Wir heben den Steuerfreibetrag auf 14.400 Euro im Jahr an – diese Entlastung reicht bis weit in höhere Einkommen. Die Einnahmen des Bundes aus der Einkommensteuer insgesamt bleiben gleich, weil wir Gewinne aus Aktiengeschäften wieder normal als Einkommen besteuern. Und wir erhöhen die Steuern für Spitzeneinkommen: Auf den Teil des Einkommens oberhalb von 70.000 Euro erheben wir 53 Prozent Steuern. Oberhalb von eine Millionen Euro werden 75% fällig. Und die im Grundgesetz vorgesehene Vermögensteuer werden wir wieder einsetzen.

- **SPD**

Ja. Wir planen eine Entlastung der großen Mehrheit der Bevölkerung, der arbeitenden Mitte, der Familien und der mittelständischen Wirtschaft durch eine spürbar verringerte durchschnittliche Belastung in der Einkommensteuer (ESt), 95 Prozent der Steuerzahler:innen werden entlastet. Im Gegenzug werden wir den oberen 5 Prozent einen angemessen höheren Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens abverlangen. Für Spitzenverdiener:innen wird ein Aufschlag von drei Prozentpunkten zur ESt ab zu versteuernden Einkommensanteil iHv 500.000 Euro bei Verheirateten (Ledige ab 250.000 Euro) im Jahr festgelegt, sie werden auch weiterhin den Solidaritätszuschlag zahlen. Außerdem werden wir konsequent gegen Steuerhinterziehung, Steuervermeidung und Steuerbetrug vorgehen.

- **FDP**

Wir fordern ein grundlegendes Umdenken in der Steuerpolitik: Deutschland hat kein Einnahme- sondern ein Ausgabeproblem. Daher wollen wir die Steuer- und Abgabenquote senken und vor allem Bürgerinnen und Bürger mit kleinem und mittlerem Einkommen spürbar entlasten. Wir fordern einen Spitzensteuersatz, der nur für Spitzenverdiener greift. Außerdem braucht es eine regelmäßige Anpassung des Steuertarifs an die Inflation, um die heimliche Steuererhöhung des Staats durch die kalte Progression zu beenden. Den Solidaritätszuschlag wollen wir rückwirkend zum 1. Januar 2020 abschaffen. Finanzieren wollen wir das durch eine wachstumsorientierte Politik, nachhaltiges Wirtschaften, private Investitionen und die Besteuerung von Großunternehmen wie Facebook, Amazon oder Google.

- **Die Grünen**

In der Steuerpolitik wollen wir bei der Einkommensteuer einen höheren

Grundfreibetrag für Geringverdiener\*innen. Wir werden das Existenzminimum der Grundsicherung neu berechnen und schrittweise anheben. Damit steigt dann auch der Grundfreibetrag. Wir gehen in einem ersten Schritt von 50 Euro im Monat aus, wodurch der steuerliche Grundfreibetrag um 600 Euro (50\*12 Monate) steigen würde. Das entspricht einer steuerlichen Entlastung von etwa 90 Euro/Jahr bzw. 180 Euro für Verheiratete. Diese Steuersenkung wirkt sich bei allen aus, die weniger als 100.000 Euro (bzw. 200.000 bei Verheirateten) an zu versteuerndem Jahreseinkommen haben, da wir als Ausgleich bei Personen oberhalb dieser Grenzen den Spitzensteuersatz anheben wollen.

## ○ **CDU**

Unser Grundsatz ist „Entlasten statt belasten“. Wir wollen Familien entlasten, indem wir Kinderfreibetrag, Kindergeld und den Entlastungsbetrag für Alleinerziehende erhöhen. Wir wollen den Solidaritätszuschlag für alle schrittweise abschaffen und gleichzeitig kleine und mittlere Einkommen bei der Einkommensteuer entlasten. Wir wollen die Steuerlast für Unternehmen auf 25 Prozent begrenzen. Wir setzen auf ein Wirtschaftswachstum, das dem Staat neue finanzielle Spielräume eröffnet. Zudem werden wir Ausgaben regelmäßig auf ihre Wirksamkeit und Notwendigkeit prüfen sowie entbehrliche Ausgaben streichen. So kann das vorhandene Geld für wichtige Zukunftsaufgaben eingesetzt und mit jedem Euro mehr erreicht werden.

•

- **Was plant ihre partei zu tun, um jugendliche zu unterstützen, die unter mentalen erkrankungen leiden? die terminplätze für eine ggf. nötige therapie sind aktuell sehr begrenzt.**

## ○ **SPD**

Wir werden die Unterstützungs-Therapiemöglichkeiten wie beispielsweise psychologisch betreute Chat-Gruppen, Kinder- und Jugendtelefone, Kinder- und Jugendnotdienste sowie jugendpsychiatrische Dienste stärken, damit sie niedrigschwellig und ohne lange Wartezeiten allen zugänglich sind. Zudem werden wir eine konsequente Vernetzung innerhalb des bestehenden Hilfesystems verfolgen. Dafür wollen wir auch die Möglichkeit zur Bildung wohnortnaher Versorgungszentren nutzen, wo ambulante und stationäre Hilfe von Psychiatern, Psychologen und Pädagogen kombinierbar genutzt werden können. Zusätzlich wollen wir Verbesserungen in der praktischen Ausbildung zum psychologischen Psychotherapeuten erreichen.

## ○ **Die Linke**

Die psychotherapeutische Versorgung deckt in vielen Regionen bei Weitem nicht den Bedarf. Es braucht mehr Angebote, mehr Therapeut\*innen, kürzere Wartezeiten! Wir wollen mehr Sozialarbeiter\*innen und psychosoziale Beratung, auch an den Schulen. Für queere Jugendliche wollen wir sichere Hilfestrukturen schaffen. Wir stärken regionale Versorgungszentren und Stadtteilgesundheitszentren. Sie sollen zum Rückgrat der wohnortnahen Gesundheitsversorgung werden. Auch für psychotherapeutische Behandlung sollen sie wichtige Anlaufstellen sein. Wir wollen eine gewaltfreie Psychiatrie. Die entsprechenden Sondergesetze werden wir abschaffen. Räumlichkeiten und die personelle Ausstattung müssen so gestaltet sein, dass eine Behandlung ohne Zwang und Gewalt möglich ist. Und wir stärken die Rechte von Jugendlichen!

## ○ **CDU**

Wir sorgen dafür, Kindern und Jugendlichen einen wohnortnahen und möglichst barrierefreien Weg zur psychotherapeutischen Versorgung zu ermöglichen. Die im Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG) eingeleitete Reduzierung der Wartezeit auf eine psychotherapeutische Behandlung werden wir weiter vorantreiben und dort, wo es notwendig ist, die Zahl der Sitze für niedergelassene Psychotherapeuten erhöhen. Das gilt insbesondere für das psychotherapeutische Behandlungsangebot für Kinder und Jugendliche. Außerdem werden wir uns dafür einsetzen, dass im Rahmen der psychotherapeutischen Versorgung auch Fernbehandlungen und internetbasierte Interventionen bei ärztlichen und psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten möglich bleiben, wenn sich das als ein geeignetes Therapie- und Beratungsangebot herausstellt.

## ○ **FDP**

Wir wollen eine verstärkte Aufklärung über psychische Gesundheit an Schulen. Außerdem fordern wir eine Kampagne der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) zur Entstigmatisierung psychischer Krankheiten. Aufklärung erleichtert es den Betroffenen, sich frühzeitig Hilfe zu holen und so schneller zu genesen. Wir wollen die Wartezeiten auf einen Therapieplatz reduzieren, den Ausbau von Therapieplätzen fördern und die Ausbildung der psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten weiterentwickeln. Die Anzahl der Kassensitze für Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten wollen wir deutlich erhöhen. Ebenso wollen wir mehr Studienplätze für Psychologie und Psychotherapie schaffen. Schulpsychologische Beratungsangebote wollen wir ausbauen. Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter sollen an jeder Schule verfügbar sein.

## ○ **Die Grünen**

Wir wollen eine gute Prävention, Versorgung und Nachsorge von Kindern und Jugendlichen mit psychischen Erkrankungen. Familien mit psychisch kranken Angehörigen benötigen häufig parallel Unterstützung aus verschiedenen Hilfesystemen, wie Kinder-, Jugend-, Erwachsenenpsychiater\*innen und -therapeut\*innen, der Jugendhilfe, Schulen sowie Kitas. Damit die notwendige Zusammenarbeit dieser Akteur\*innen gelingt, sind eine interdisziplinäre

Kooperations- und Vernetzungsstruktur sowie bundesrechtliche Regelungen zur Mischfinanzierung von komplexen Hilfebedarfen in psychisch belasteten Familien nötig. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass Behandlungsplätze bei Kinder- und Jugendpsychiater\*innen sowie -therapeut\*innen in strukturschwachen Regionen und im ländlichen Raum geschaffen und Eltern durch frühzeitige Angebote unterstützt werden. Solange in vielen Regionen ambulante Angebote fehlen, muss die stationäre Kinder- und Jugendpsychiatrie in die Lage versetzt werden, die Versorgung in der Region zu gewährleisten.

•

- **In den usa wird nach 100 tagen im amt eine erste bilanz gezogen. was würde ihre partei in den ersten 100 tagen einer regierungskoalition durchsetzen?**

- **FDP**

Regierungsverantwortung ist für uns kein Sprint, sondern ein Marathon. Am Ende zählt das Ergebnis einer ganzen Legislaturperiode. Denn es gibt viel zu tun: Behörden und Schulen arbeiten mit Stift und Papier, anstatt mit digitaler Technik. Ausufernde Bürokratie lähmt die Investitionstätigkeit, obwohl vieles erneuert werden müsste. Darum planen wir direkt nach der Wahl die Schaffung eines Digitalministeriums. Durch ein steuerpolitisches Sofortprogramm mit verbesserten Abschreibungsmöglichkeiten für Digitalisierung und Dekarbonisierung wollen wir private Investitionen entfesseln und einen wirtschaftlichen Aufholprozess starten. Energiewende und Klimaschutz wollen wir mit schnelleren Planungs- und Genehmigungsverfahren, mehr Technologieoffenheit sowie einem strikten CO<sub>2</sub>-Deckel im ausgeweiteten Emissionshandel zum Erfolg führen.

- **CDU**

Wir werden alles dafür tun, damit die Wirtschaft nach der Corona-Krise wieder neu in Schwung kommt und durch Wachstum neuer Wohlstand und gute Arbeitsplätze entstehen. Um das zu erreichen, ist eine Maßnahme für die ersten 100 Tage ein Planungsbeschleunigungs-Paket. Wir müssen schneller planen, genehmigen und umsetzen. Das macht uns international wettbewerbsfähiger und nützt den Menschen unmittelbar: schnellere Bauzeiten, schnelleres Internet im ländlichen Raum, schnellere Bahnverbindungen und Stromtrassen. Andernfalls kann auch die Energiewende nicht zum Erfolg werden. Für besonders nachhaltige und innovative Projekte brauchen wir ein Fast-Track Genehmigungsverfahren.

- **SPD**

Als einer der ersten Maßnahmen wollen wir den gesetzlichen Mindestlohn auf 12 Euro

anheben. Das bedeutet eine Gehalterhöhung für 10 Millionen Menschen in unserem Land, deren Leben dann ein wenig einfacher wird. Und wir werden sofort mehr Tempo machen beim Klimaschutz: Wir werden den Strombedarf bis zur CO2-neutralen Industrie im Jahr 2045 definieren und alle Ausbauschritte darauf ausrichten: Offshore-Windkraft, Windenergie an Land, Solarenergie und Stromnetze. Dafür müssen wir das Planungsrecht ändern. Die Genehmigung einer Windkraftanlage darf nicht sechs Jahre dauern, sondern muss in sechs Monaten gelingen. Das gleiche gilt für die Stromleitungen in den Süden. Hier braucht es einen sofortigen Neustart.

## ○ **Die Linke**

Auf dem Weg zu besseren Löhnen erhöhen wir den Mindestlohn auf 13 Euro. Auf dem Weg zum Mindesteinkommen von 1.200 Euro erhöhen die Hartz-IV-Sätze auf 658 Euro. Wir nehmen die 10 schmutzigsten Kohlekraftwerke vom Netz. Wir schaffen im Bundeshaushalt einen Fonds für 500 Euro/Monat Gehaltszulagen in der Pflege. Wir schaffen einen Rekommunalisierungsfonds, damit Kommunen Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Energieversorgung und bezahlbares Wohnen zurückkaufen können. Auf dem Weg zum kostenfreien ÖPNV überall starten wir in den 15 schmutzigsten Städten; Kinder, Jugendliche, Transferbeziehende fahren sofort umsonst. Wir investieren als erstes in marode Schulen und starten ein Programm für 100 000 zusätzliche Lehrkräfte, 200 000 Erzieher\*innen.

## ○ **Die Grünen**

Wir haben viel vor: Wir wollen ein modernes Land mit guter Infrastruktur in einem starken, handlungsfähigen Europa, den Kampf gegen Kinderarmut, gute Kitas und Schulen, Mindestlohn von 12 Euro und Schaffen von bezahlbarem Wohnraum. Für die ersten 100 Tage der Regierung haben wir jetzt schon ein Klimaschutz-Sofortprogramm aufgelegt. Deutschland hat sich vor über fünf Jahren dazu verpflichtet, alles dafür zu tun, die Klimakrise in den Griff zu bekommen und auf den 1,5 Grad-Pfad des Pariser Klimavertrages zu kommen. Doch große Ziele kann man nur erreichen, wenn man auch etwas dafür tut. Das haben wir in den letzten Jahren schmerzlich zu spüren bekommen. Viel zu lange wurde darüber gesprochen, was alles nicht geht, anstatt den politischen Rahmen dafür zu setzen, dass beim Klimaschutz alles geht. Die Klimakrise zeigt sich jetzt und nicht erst später – und deswegen handeln wir auch jetzt. Folgende zehn Punkte sind für uns die Grundlage für ein solches Programm: Erneuerbare Energien schneller ausbauen, Den Kohleausstieg auf 2030 vorziehen, Wirtschaft und Industrie auf Klimaneutralität ausrichten, Klima-Offensive bei Gebäuden und im Bausektor starten, Mobilitätswende beschleunigen, Grünen Wasserstoff stärken, Klimaschutz, Natur und Landwirtschaft zusammenbringen, Klimaschutz sozial gerecht gestalten (Mindestlohn 12 Euro und über das Energiegeld den CO2 Preis zurückzahlen), Bundeshaushalt zum Klimahaushalt machen, Die EU zur Klimavorreiterin machen, Klimaaußenpolitik vorantreiben

•

- **Welche förderungen für die kinder- und jugendarbeit wollen sie machen?**

- **FDP**

Kinder und Jugendliche werden als Opfer der Auswirkungen durch die Corona-Pandemie zu oft übersehen. Auch deshalb muss außerschulisch die Kinder- und Jugendsozialarbeit personell und finanziell stärker unterstützt und deren Fachkräfte digital ausgestattet werden. Denn die niedrighschwelligigen Hilfen der Kinder- und Jugendsozialarbeit können bereits anfängliche Auffälligkeiten erkennen und behandeln bzw. Hilfe koordinieren. Wir fordern Qualitätskriterien und Leitfäden für die Zusammenarbeit zwischen Schulen und außerschulischen Initiativen. Zudem setzen wir uns dafür ein, Initiativen in Form von Aufstiegsopatenschaften einzubinden, um Kindern und Jugendlichen aus bildungsfernen Elternhäusern zu helfen, den eigenen Weg zu beruflichen Bildungsabschlüssen oder an die Hochschule zu gehen.

- **Die Grünen**

Wir werden Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit und Demokratiebildung verlässlich unterstützen. Die Offene Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Frühe Hilfen und alle Formen von Hilfen zur Erziehung werden wir mit den Ländern und Kommunen sicherstellen und Räume für Jugendliche nachhaltig fördern. Durch gesetzliche Vorgaben zur Personalplanung sorgen wir für besser ausgestattete Jugendämter und Entlastung der Fachkräfte. Qualitätsstandards wollen wir überall in der Kinder- und Jugendhilfe verbindlich erstellen und gemeinsam mit Verbänden, Trägern und Wissenschaft weiterentwickeln. Mit einem Bundesinklusionsgesetz soll sichergestellt werden, dass alle Angebote der Kinder- und Jugendhilfe so ausgestaltet sind, dass sie sich auch an Kinder und Jugendliche mit Behinderungen und ihre Familien richten.

- **CDU**

Im Dezember 2019 wurde eine Jugendstrategie verabschiedet, in der sich alle Ressorts dazu bekennen, junge Menschen stärker zu beteiligen und ihre Interessen besser zu berücksichtigen. Über 500 Jugendparlamente in Deutschland sowie weitere 300 Jugendforen werden im Rahmen dieser Jugendstrategie unterstützt. Zudem halten wir daran fest, dass bei der Fortschreibung der Jugendstrategie die jungen Menschen als Expertinnen und Experten in eigener Sache berücksichtigt werden.

- **Die Linke**

Wir wollen die Teilhabe und Selbstbestimmung von Kindern und Jugendlichen stärken. Die Kommunen statten wir dazu finanziell so aus, dass sie ausreichend Jugendeinrichtungen (Begegnungs-, Freizeit-, Bildungs- und Lernorte) sowie Sportanlagen, Frei- und Hallenbäder, Bibliotheken, Jugendbühnen etc. vorhalten können. Selbstverwaltete Jugendzentren fördern wir. Die Jugendämter statten wir mit mehr Personal aus. Den ÖPNV machen wir für Kinder und Jugendliche kostenlos. Organisierte Freizeiten und Reisen müssen für alle Kinder und Jugendlichen

möglich sein. Deshalb wollen wir für sie einen individuellen Rechtsanspruch auf soziale Teilhabe. Dazu zählt auch der Laptop für die Schule. Kinderarmut beseitigen wir mit einer Kindergrundsicherung bis 630 Euro pro Kind. Kinderrechte wollen wir im Grundgesetz verankern.

### ○ **SPD**

Wir setzen uns für eine gut ausgestattete und beteiligungsorientierte Kinder- und Jugendhilfe ein. Sie soll Familien und junge Menschen unterstützen und Angebote von der Familienbildung über die Kita und die offene Kinder- und Jugendarbeit bis zur Jugendsozialarbeit und schließlich den Hilfen zur Erziehung machen. Wir werden starke Kinderrechte auf Schutz, Beteiligung und Förderung und den Vorrang des Kindeswohls im Grundgesetz verankern. Jugendverbände und bestehende Beteiligungsstrukturen wie Jugendringe, Kinder- und Jugendparlamente wollen wir dauerhaft und nachhaltig finanzieren und jedes neue Gesetz einem Jugend-Check unterziehen.

•

## • **Wie wollen sie deutschland in den nächsten jahren außenpolitisch/ international ausrichten?**

### ○ **CDU**

Wir arbeiten für ein weltoffenes Deutschland, das in einem Bündnis von Demokratien die globalen Herausforderungen gestaltet. Unser Ziel heißt: Sicherheit und Frieden, Freiheit und Wohlstand für die Menschen. Das Modernisierungsjahrzehnt, mit dem wir Deutschland weltpolitikfähig machen, kann nur mit neuer außenpolitischer Stärke gelingen. Darum stehen wir zu unseren internationalen Verpflichtungen einschließlich zum 2-Prozentziel der NATO. Wir werden einen Nationalen Sicherheitsrat schaffen, der die bessere Koordinierung und einen vorausschauenden strategischen Ansatz ermöglicht. Die Grundlage unserer vernetzten Außenpolitik ist und bleibt dabei die Bewahrung unserer Werte.

### ○ **Die Linke**

Außenpolitik muss Frieden, Klimaschutz, Demokratie und Völkerrecht dienen - statt Wirtschaftsinteressen. Die Bundesregierung schwächt internationale Abkommen, ihre internationale Wirtschaftspolitik verschärft die globalen Ungleichheiten. Rüstungsexporte & Militäreinsätze haben nicht zu mehr Sicherheit und Demokratie geführt. Wir wollen die Bundeswehr nicht in Kriegseinsätze ins Ausland schicken. Demokratie & Menschenrechte dürfen nicht nur Lippenbekenntnisse sein: Um Fluchtursachen wirklich zu bekämpfen, wollen wir neoliberale Freihandelsabkommen beenden und Waffenexporte verbieten. Soziale Gerechtigkeit weltweit: Wir wollen ein Lieferkettengesetz, das entlang der gesamten Wertschöpfungsketten

Menschenrechtsverletzungen, Kinderarbeit und Umweltzerstörungen ausschließt und die Konzerne haftbar macht. Internationale Institutionen wie UN und WHO wollen wir stärken. Abrüstung statt Aufrüstung!

## ○ **FDP**

Der diplomatische Einsatz für Freiheit, Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gehört für uns zum unverzichtbaren Teil einer erfolgreichen und glaubwürdigen Außenpolitik. Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern wollen wir uns für die Bewahrung unserer freiheitlichen Lebensweise in Europa und den Schutz von Frieden und Menschenrechten einsetzen. Die Stärkung der regelbasierten liberalen Weltordnung ist für uns dabei zentral. Um den globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu begegnen, muss Deutschland stärker als bisher seine Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik im Sinne des „Vernetzten Ansatzes“ neu ausrichten. Die Nato soll auch in Zukunft Garant für unsere Sicherheit sein. Die transatlantischen Beziehungen wollen wir erneuern.

## ○ **Die Grünen**

Die großen Herausforderungen unserer Zeit sind global: Pandemien, die Klima- und Biodiversitätskrise, Hunger, Urbanisierung, Migration und die sozial-ökologische Transformation als besondere Aufgabe. Wir können sie nur gemeinsam meistern. Jahrelang hat Deutschland in Europa und der Welt aber allenfalls moderiert, oft gezögert, ist abgetaucht. Es ist Zeit, wieder eine kooperative und aktive Politik zu betreiben und als gestaltende Kraft voranzugehen im Sinne einer multilateralen und vorsorgenden, einer kohärenten und wertegeleiteten Politik – stets europäisch und entlang einer verlässlichen deutsch-französischen Zusammenarbeit, mit unseren Partner\*innen innerhalb und außerhalb Europas, transatlantisch und im Rahmen der Vereinten Nationen.

## ○ **SPD**

Grenzenlos reisen, arbeiten, studieren oder leben. Die Europäische Union (EU) hat neue Möglichkeiten und Freiheiten eröffnet und den unermesslichen Wert kultureller Vielfalt für unsere Gesellschaften für viele erlebbar gemacht. Wir wollen die Freiheit und Rechtsstaatlichkeit in Europa schützen und die EU zur modernsten Demokratie der Welt machen. Wir wollen, dass Europa auch beim Klimaschutz Vorreiter wird. Für uns gehört internationale Solidarität, die universelle Geltung der Menschenrechte, Frieden und Dialog zum Grundverständnis unseres politischen Handelns. Wir setzen auf Diplomatie und Dialog, auf zivile Krisenprävention und Friedensförderung, auf Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie internationale Zusammenarbeit. Wir werden multilaterales Handeln wiederbeleben und stärken, denn Pandemien, globale Wirtschaft-, Finanz- und Entwicklungskrisen sowie die Folgen der Erderwärmung sind Herausforderung, die nur gemeinsam gelöst werden können.

•

- **Was möchten sie konkret für die pflege machen?**

- **SPD**

Wir wollen das Leben leichter machen - für Pfleger\*innen, Pflegebedürftige und ihre Familien. Professionelle Pflege ist ein höchst anspruchsvoller Beruf. Wir wollen höhere Löhne für Pflegekräfte und gute Arbeitsbedingungen. Das Ziel ist eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Leben und eine bedarfsgerechte Personalbemessung in allen Bereichen der Pflege. Und wir entlasten Pflegebedürftige. Unser Ziel ist eine Pflegeversicherung, die alle anfallenden Pflegekosten übernimmt. Als ersten Schritt deckeln wir den Eigenanteil, den Pflegebedürftige aufbringen müssen, auf einen festen monatlichen Betrag. Ein Großteil der Pflege findet zu Hause statt. Wir stärken die häusliche Pflege durch ein Familienpflegegeld, den Ausbau der Kurzzeit- und Verhinderungspflege sowie die Förderung der Barrierefreiheit in der Wohnung der Pflegebedürftigen.

- **CDU**

In der Pflege setzen wir uns für mehr Auszubildende (Abschaffung des Schulgeldes), eine bundeseinheitliche Personalbemessung und tarifliche Entlohnung ein. Für die Pflegebedürftigen, das Pflegefachpersonal und pflegende Angehörige werden wir gut organisierte, leistungsfähige, zuverlässige und bedarfsgerechte Rahmenbedingungen schaffen. Die Digitalisierung werden wir stärker nutzen und weitere 500 Millionen Euro für eine Innovationsoffensive für Robotik und Digitalisierung bereitstellen. Wir setzen uns für eine Dynamisierung des Pflegegeldes ein. Familiäre Pflege muss eine noch gezieltere und flexiblere Unterstützung erfahren. Deshalb werden wir ein Pflegebudget schaffen, das die verschiedenen Pflegeangebote abdeckt. Auch Menschen in Pflegeheimen und ihre Angehörigen werden wir entlasten, indem wir den pflegebedingten Eigenanteil bei 700 Euro deckeln.

- **Die Linke**

Unser Programm gegen Pflegenotstand: 500 Euro/Monat mehr Gehalt für alle in der Pflege. Wir legen eine gesetzliche Quote von Pflegekräften je Patient\*in fest (Personalbemessung). Wir schaffen jeweils 100.000 zusätzliche Pflegekräfte in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen - dann sind wir im europäischen Vergleich im Mittelfeld. Wo kommen die Pflegekräfte her? Über 300 000 Pflegekräfte haben in 25 Jahren den Beruf - oft: erschöpft - verlassen. Fast die Hälfte kann sich vorstellen zurückzukehren, wenn Arbeitsbedingungen und Gehalt stimmen. Statt nach Fallpauschalen finanzieren wir die Krankenhäuser nach realem Bedarf. Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser sollen nicht nach Profit, sondern nach Gemeinwohl wirtschaften.

- **FDP**

Jeder kann im Alter oder durch eine Krankheit in die Situation geraten, dass er seinen Alltag nicht mehr alleine bewältigen kann. Wir setzen uns für eine menschliche und

qualitativ hochwertige Pflege ein. Die Pflegefachkräfte sind oftmals überlastet und die individuelle Zuwendung kommt viel zu kurz. Wir wollen mehr Zeit für Zuwendung ermöglichen – durch einen umfassenden Bürokratieabbau, bessere Arbeitsbedingungen und Digitalisierung im Pflegebereich. Wir wollen von der Bildung über eine bedarfsgerechte Personalbemessung bis hin zu mehr Karrierechancen dafür sorgen, dass der Beruf wieder attraktiver wird. So können wir den Personalmangel an seinem Ursprung angreifen und mehr Personal in die Versorgung bringen.

## ○ **Die Grünen**

Gerade in einer alternden Gesellschaft braucht es überall vielfältige, auf den Bedarf vor Ort angepasste pflegerische Angebote, die auf die individuellen Bedürfnisse und biografischen Hintergründe der Pflegebedürftigen eingehen. Statt weiterer Großeinrichtungen sind mehr ambulante Wohn- und Pflegeformen nötig, zum Beispiel Angebote der Tages-, Kurzzeit- und Verhinderungspflege oder Pflege-Wohngemeinschaften – eingebettet in ein Umfeld, das Menschen im Alter oder bei Assistenzbedarf dabei unterstützt, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Wir wollen zudem, dass pflegebedürftige Menschen die für sie notwendigen Pflegeleistungen erhalten, ohne von Armut bedroht zu sein. Mit einer doppelten Pflegegarantie wollen wir die Eigenanteile schnell senken und dauerhaft deckeln.

•

## • **Gehört der islam zu deutschland?**

### ○ **CDU**

Die friedlich in Deutschland lebenden Muslime sind selbstverständlich ein Teil unseres Landes. Auch der von ihnen praktizierte Islam ist ein Teil unserer Gesellschaft und von der Religionsfreiheit geschützt. Pauschale Vorverurteilungen von Muslimen lehnen wir ab. Deshalb unterscheiden wir klar zwischen dem Islam als Religion und dem islamistischen Extremismus als politische Ideologie. Letzteren müssen wir mit allen rechtstaatlichen Mitteln bekämpfen. Dieser Kampf gilt denen, die Hass und Gewalt schüren und eine islamistische Ordnung anstreben, in der es keine Gleichberechtigung von Mann und Frau, keine Meinungs- und Religionsfreiheit und auch keine Trennung von Religion und Staat gibt.

### ○ **Die Linke**

Ja. Der Islam und die hier lebenden Muslim\*innen gehören zu Deutschland. Muslim\*innen erfahren im Alltag verschiedene Formen von Diskriminierung - ungeachtet dessen, ob sie religiös sind. Deshalb sprechen wir von „antimuslimischem Rassismus“. Er trifft viele Menschen mit meist arabischen oder türkischen Migrationsgeschichten: etwa bei Suche nach guter Arbeit und Wohnung, bei Bildungs- und Berufschancen. Wir wenden uns gegen jede Form des Rassismus und wollen zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rassismus mit einem Demokratieschutzgesetz stärken. Muslimische Gemeinden und Verbände sind Teil der deutschen Gesellschaft.

Alle Religionsgemeinschaften sollen gleichgestellt werden.

### ○ **Die Grünen**

Muslimisches Leben in seiner ganzen Vielfalt gehört in Deutschland zu unserer gesellschaftlichen Realität. Wir unterstützen Staatsverträge mit islamischen Religionsgemeinschaften, die in keiner strukturellen Abhängigkeit zu einem Staat, einer Partei oder politischen Bewegung und dessen oder deren jeweiliger Regierungspolitik stehen und sich religiös selbst bestimmen. Wir wollen auch progressive, liberale muslimische Vertretungen einbinden, die für Werte wie Gleichberechtigung der Geschlechter, LSBTIQ\*-Rechte und Feminismus eintreten und einen lebendigen Glauben innerhalb des islamischen Religionspektrums praktizieren. Wir zeigen uns solidarisch mit Kritiker\*innen von fundamentalistisch-politischen Kräften, wenn sie massiv bedroht werden. Für die eigenständige und selbstbewusste Religionsausübung von Muslim\*innen ist eine Imam\*innen-Ausbildung in Deutschland notwendig.

### ○ **FDP**

Wir sehen in größerer gesellschaftlicher Vielfalt keine Gefahr, sondern eine Chance für mehr Fortschritt, Freiheit und Wohlstand. Als offene Gesellschaft muss es uns egal sein, woher jemand kommt oder woran er oder sie glaubt. Entscheidend ist, ob die Werte unseres Grundgesetzes wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Gleichberechtigung der Geschlechter respektiert werden. Es gibt nicht „den Islam“, sondern verschiedene Strömungen, von denen manche mit den besagten Werten vereinbar sind, andere jedoch nicht. Eine Einwanderungs- und Integrationspolitik, wie sie uns vorschwebt, muss auf Kontrolle, klaren Regeln und funktionierendem Management basieren – nicht aber auf religiöser oder ethnischer Abschottung.

### ○ **SPD**

Ja! Muslime und der Islam sind Teil unseres Landes schon deshalb, weil viele muslimische Menschen in Deutschland leben. Wir setzen uns für eine weltoffene und vorurteilsfreie Gesellschaft ein, die über kulturelle und religiöse Grenzen hinweg zusammenhält und in der wir friedlich und frei zusammenleben. Offenheit bedeutet Respekt, Toleranz und Vielfalt.

•

- **Multinationale Konzerne zahlen meist nur ein Bruchteil der Steuern "des Bäckers nebenan". wie konnte es dazu kommen?**

# was sind maßnahmen um diesen misstand zu revidieren?

## ○ Die Linke

Durch Steueroasen und Steuertricks entziehen Konzerne der Allgemeinheit jedes Jahr Hunderte Milliarden Euro. Das wollen wir unmöglich machen. Multinationale Konzerne sollen dazu verpflichtet werden, Gewinne und Steuerzahlungen länderweise offenzulegen. Wir wollen die Verlagerung von Konzerngewinnen ins Ausland bekämpfen. (Digital)Konzerne müssen in den Ländern Steuern zahlen, in denen sie Gewinne machen. Steuerbefreiungen für ins Ausland abfließende Kapitalerträge müssen abgeschafft werden. Banken, Wirtschaftsprüfer\*innen und Kanzleien, die Beihilfe zur Steuerhinterziehung leisten, müssen empfindlich bestraft werden – bis hin zum Entzug der Bank- bzw. Geschäftslizenz. Um kleine Handwerksbetriebe zu entlasten, wollen wir ermäßigte Steuersätze bei der Umsatzsteuer für arbeitsintensives Handwerk. So schaffen wir Steuergerechtigkeit!

## ○ FDP

Große Digitalkonzerne wie Facebook, Amazon oder Google generieren in Europa hohe Einnahmen, zahlen jedoch kaum Steuern - ein unhaltbarer Zustand. Dieses Jahr haben sich die G20-Staaten auf das Konzept einer globalen Mindeststeuer geeinigt. Das ist eine große Chance, um die Geschäftsmodelle von Steueroasen und Briefkastenfirmen auszutrocknen und mehr Fairness in die Steuerpolitik zu bringen. Deutschland sollte entsprechende Initiativen auf G20 und OECD-Ebene mit aller Kraft unterstützen. Nationale oder europäische Alleingänge, etwa mit einer Digitalsteuer, lehnen wir jedoch ab. Ein Alleingang würde nur zu einer erhöhten Gefahr internationaler Steuerstreitereien führen, inklusive einer möglichen Doppelbesteuerung von unseren eigenen mittelständischen Unternehmen.

## ○ Die Grünen

Wir kämpfen für ein international verbindliches Regelwerk, das Mindeststandards für die Steuerpflichten von Unternehmen und Staaten setzt, sowie die Stärkung des UN-Steuer-Komitees. Die internationalen Mindeststeuersätze für Großunternehmen wollen wir in Deutschland und Europa ambitioniert umsetzen. Europa soll die Mindeststeuersätze Amerikas nicht unterbieten, sondern transatlantisch für höhere Mindeststeuersätze streiten. Wir wollen außerdem dafür sorgen, dass Konzerne ihre Gewinne, Umsätze und Steuerzahlungen nach Ländern umfänglich öffentlich machen müssen. In der EU führen wir eine gemeinsame Bemessungsgrundlage für die Unternehmenssteuern und einen Mindeststeuersatz von mittelfristig 25 Prozent ohne Ausnahmen ein. Google, Facebook und Co. werden mit einer Digitalkonzernsteuer endlich angemessen besteuert.

## ○ CDU

Wir stehen für Steuergerechtigkeit. Alle sollen angemessen zur Finanzierung öffentlicher Leistungen beitragen. Niemand darf sich seiner Verantwortung für die

Gesellschaft entziehen und sich ärmer rechnen, als er ist. Das gilt insbesondere für multinationale Konzerne. Wir werden eine weltweit faire Besteuerung nur dann erreichen, wenn wir uns mit unseren internationalen Partnern abstimmen. Wir wollen dazu auf OECD-Ebene einen international breit abgestimmten Konsens zur fairen Besteuerung global tätiger Konzerne herbeiführen. Ebenfalls setzen wir uns für eine faire Besteuerung der digitalen Wirtschaft ein. Große digitale Konzerne sollen ihre Steuern auch dort zahlen, wo sie ihre Umsätze erzielen.

- **SPD**

Multinationale Konzerne mit Niederlassungen in verschiedenen Staaten verschieben ihre Gewinne oftmals dorthin, wo die Steuern am Niedrigsten sind. So drücken sie sich davor, ihren gerechten Anteil Steuern zu zahlen. Das ist nicht nur unfair, sondern es schmälert auch das deutsche Steueraufkommen. Olaf Scholz hat darum auf internationalem Parkett dafür gesorgt, dass eine globale Mindestbesteuerung von 15 Prozent kommt. So müssen nun bald auch Amazon, Google und Co. angemessen Steuern zahlen, genau wie der Bäcker nebenan auch. Die OECD rechnet dadurch mit bis zu 150 Milliarden US-Dollar mehr Steuereinnahmen.

•

- **Wie schaffen wir es, das parlament vielfältiger werden zu lassen? mehr frauen, arbeiter:innen und menschen mit migrationsbiografie beispielsweise?**

- **CDU**

Um das Parlament vielfältiger zu machen, braucht es gleiche Teilhabechancen und positive Rollenvorbilder. Wir wollen eine moderne Gesellschaft, in der alle Bürgerinnen und Bürger gleichberechtigt ihre Kompetenzen und Stärken entfalten können. Chancengerechtigkeit soll es in der gesamten Gesellschaft geben und der Staat hat hierbei eine wichtige Vorbildfunktion. Die Vielfalt der Gesellschaft sollte auch im öffentlichen Dienst sichtbar sein. Wir stehen daher für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Leitungsfunktionen. Auch wollen wir dafür werben, dass sich mehr junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte für eine Laufbahn im öffentlichen Dienst entscheiden. Das stärkt die Identifikation mit unserem Land.

- **SPD**

Parlamente müssen die Bevölkerung repräsentieren. Das beginnt bei der gleichberechtigten Sitzverteilung für Männer und Frauen. Wir als Partei haben dafür ein paritätisches Verfahren. Andere Parteien weigern sich, Frauen gleichberechtigt aufzustellen. Damit wollen wir Schluss machen und die gleichberechtigte Verteilung gesetzlich vorschreiben (Paritätsgesetz). Zudem haben wir viele jüngere

Kandidat\*innen aufgestellt. Wir haben damit erreicht, dass unsere Kandidierenden deutlich jünger sind als der Durchschnitt der Bewerber\*innen. Auch sprechen wir aktiv Mitglieder mit Einwanderungsgeschichte an. Diesmal sind es fast 50 Kandidat\*innen, die dabei sind. Und weil wir historisch tief in der Arbeiterschaft verwurzelt sind, haben wir auch aus den entsprechenden Berufsgruppen viele Kandidat\*innen.

## ○ **Die Linke**

Es ist ein Problem, dass im Parlament überwiegend Anwäl\*innen und Beamte sitzen und die Mehrheit Männer sind. Wir machen seit Langem gute Erfahrungen mit einer verbindlichen Frauenquote bei der Aufstellung von Kandidat\*innenlisten. Wir haben beschlossen, dass bei unseren Abgeordneten von Rassismus Betroffene entsprechend ihrem Anteil in der Bevölkerung repräsentiert sein sollen. Wir befürworten verbindliche Quoten für Frauen im Parlament, auf Wahllisten und in Führungspositionen. Ein Partizipationsgesetz kann sicherstellen, dass Migrant\*innen in der öffentlichen Verwaltung entsprechend ihrem Anteil in der Bevölkerung repräsentiert werden. Damit mehr Arbeiter\*innen ins Parlament kommen, müssen Arbeitsbedingungen, Arbeitszeiten und Löhne in den Betrieben und Beteiligungsmöglichkeiten in politischen Organisationen verbessert werden.

## ○ **Die Grünen**

Es ist höchste Zeit für eine faire Verteilung von Macht. Unsere Parlamente brauchen die Vielfalt der Herkunft, Lebenswege und Perspektiven. Wir werden Hürden abbauen damit auch queere Menschen, Nicht-Akademiker\*innen, Menschen mit Behinderung und Menschen mit Migrationsgeschichte gleichberechtigt und selbstverständlich vertreten sind. Unsere Partei hat den höchsten Frauenanteil aller Fraktionen im Parlament und praktiziert Gleichberechtigung auch bei ihren Listenaufstellungen. Insgesamt läßt der Frauenanteil im Bundestag aber immer noch sehr zu wünschen übrig. Die Landeslisten der Parteien für die Wahlen zum Deutschen Bundestag sollen abwechselnd mit Frauen und Männern besetzt werden müssen. Wir setzen uns daher im Bund für ein Paritätsgesetz ein. Innerparteilich haben wir ein Vielfaltsstatut beschlossen, dass Maßnahmen zum Abbau von Diskriminierung und Förderung von Vielfalt festlegt. Für mehr Repräsentanz und Teilhabe werden wir ein Bundespartizipations- und Teilhabegesetz vorlegen.

## ○ **FDP**

Der Schlüssel zu vielfältigeren Parlamenten ist das Engagement in den Parteien. Hier muss es besser als bisher gelingen, Menschen mit unterschiedlichsten Hintergründen anzusprechen und in die politische Arbeit einzubinden. Wir wollen ein ganzheitliches Diversity Management (Management der Vielfalt) als Teil der ökonomischen Modernisierung und als sinnvolle Alternative zu Quoten voranbringen. So schaffen wir gleiche Chancen für Aufstieg durch Leistung – unabhängig von Geschlecht, Alter, ethnischer Herkunft, Behinderung, sexueller Orientierung oder Religion. Im öffentlichen Dienst und der Politik sind die Strukturen der Gleichstellungs- und Behindertenbeauftragten in ein ganzheitliches Diversity Management einzubinden.

- 
- **Was sind ihre Konzepte für die Beschleunigung und Verdichtung des europäischen Personenschienenverkehrs?**

- **FDP**

Unser Ziel ist es, mehr Personen und Güter auf der Schiene zu transportieren. Europäischen Hochgeschwindigkeitstrassen, etwa von Warschau nach Berlin und Paris bis nach Madrid stehen wir positiv gegenüber. Wir können in Deutschland unseren Beitrag dazu leisten, indem wir für mehr Wettbewerb, mehr Digitalisierung und niedrigeren Trassenpreisen sorgen. Um Hochgeschwindigkeitstrassen in Deutschland und Europa realisieren zu können, brauchen wir für deren Umsetzung vor allem schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren. Denn bei vielen grenzüberschreitenden Bahnprojekten wie etwa dem Fehmarnbelt-Tunnel oder der Eisenbahn-Alpentransversale ist es im Moment so, dass die Nachbarländern ihren Anteil an der notwendigen Infrastruktur erheblich schneller fertigstellen, während Deutschland hinterherhinkt.

- **Die Grünen**

Um die grüne europäische Mobilität zu fördern, muss Europa auf der Schiene noch mehr zusammenwachsen. Das europäische Eisenbahnnetz ist ein Flickenteppich mit zahlreichen Lücken an den nationalen Grenzen. Europäische Fördermittel müssen gezielt für bestehende und fehlende Abschnitte eingesetzt werden. Wir wollen das europäische Lückenschlussprogramm finanziell aufstocken, damit schaffen wir einen besseren grenzüberschreitenden Schienenverkehr. Wir setzen uns zudem für die Wiederaufnahme europäischer Nachtzüge zwischen allen Metropolen ein. Die unterschiedlichen nationalen Verkehrsnetze müssen europaweit vereinheitlicht werden. Ein gemeinsames Verkehrsnetz braucht gemeinsame Standards, von Ticketsystemen und Bahnsteighöhen bis zu Sicherheitsstandards. Nur wenn die Kleinstaaterei aufhört, kann Europa mehr Verkehr auf die Schiene verlagern.

- **CDU**

Wir werden uns auf europäischer Ebene für ein Programm „grenzüberschreitende Vernetzung und Infrastrukturausbau“ sowie einen besseren europäischen Hochgeschwindigkeitsschienenverkehr einsetzen. Schnelle, aufeinander abgestimmte Verbindungen sollen zukünftig genauso selbstverständlich sein wie grenzübergreifende Nachtzüge.

- **SPD**

Der Schienenverkehr ist ein Schwerpunkt unserer verkehrspolitischen Agenda. Bahnfahren soll innereuropäisch günstiger und attraktiver als Fliegen sein. Wir wollen

rasch einen Deutschlandtakt umsetzen und einen Europatakt aufbauen. Hierfür werden wir investieren: in den Aus- und Neubau des Schienennetzes, in den Lärmschutz und den Ausbau und die Attraktivitätssteigerung von Bahnhöfen. Wir haben das Ziel, alle Großstädte wieder ans Fernverkehrsnetz anzuschließen und neue schnelle Zug- und Nachtzugverbindungen in unsere Nachbarländer zu etablieren.

## ○ **Die Linke**

In den letzten Jahrzehnten sind zahlreiche Bahnstrecken stillgelegt worden. Wir wollen sie reaktivieren, ausbauen und so ganze Regionen wieder ans Gleisnetz anschließen. Kurzstreckenflüge wollen wir auf die Schiene bringen. Bestehende Strecken modernisieren wir und bauen sie für höhere Kapazitäten und Geschwindigkeiten aus. Europaweit brauchen wir ein preisgünstiges Nachtzug-Netz mit komfortablen Schlafwagen, das alle europäischen Großstädte verbindet. So wird Reisen auch auf längeren Strecken ohne Flugzeug bequem und ökologisch möglich. Dies gelingt nicht in Konkurrenz privater Firmen. Stattdessen gründen wir dafür eine europäische öffentlich-rechtliche Bahngesellschaft („United Railways of Europe“). Mit EU-Förderung machen wir es für die nationalen Bahngesellschaften attraktiv, sich den gemeinsamen europäischen Standards anzuschließen.

•

## • **Wie wird sich ihre partei in der kommenden legislaturperiode konkret für lgbtqia-rechte einsetzen?**

### ○ **FDP**

Wir fordern die Erweiterung des Art. 3 Abs. 3 Grundgesetz um den Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität und ein vollständiges Verbot sogenannter „Konversionstherapien“. Wir wollen das Blutspende-Verbot für homo- und bisexuelle Männer abschaffen. Wir setzen uns für einen Nationalen Aktionsplan gegen Homo- und Transfeindlichkeit ein. Dieser soll Diskriminierungen, Beleidigungen und Gewalt wirksam entgegenreten. Wir wollen, dass sich Deutschland gemeinsam mit EU-Partnern konsequent für die Stärkung von LGBTQIA -Rechten einsetzt. Bei Strafverschärfungen gegen LGBTQIA muss Deutschland die Entwicklungszusammenarbeit im Dialog mit Nichtregierungsorganisationen vor Ort auf den Prüfstand stellen, gegebenenfalls die Budgethilfe streichen und die Zusammenarbeit mit staatlichen Einrichtungen beenden.

### ○ **Die Grünen**

Damit LSBTIQ\* selbstbestimmt und diskriminierungsfrei ihr Leben leben können, werden wir den Schutz von Menschen aufgrund ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identität durch die Ergänzung des Artikels 3 Absatz 3 des Grundgesetzes sicherstellen. Wir werden einen bundesweiten ressortübergreifenden Aktionsplan „Vielfalt leben!“

für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt vorlegen, mit dem Ziel, LSBTIQ\* gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu garantieren und die Akzeptanz von Vielfalt zu fördern. Mit einem Selbstbestimmungsgesetz sorgen wir dafür, dass das überholte Transsexuellengesetz aufgehoben wird. Eine Änderung des Geschlechtseintrags und des Namens auf Antrag der betroffenen Person werden wir ermöglichen, ohne dass dafür psychologische Zwangsgutachten notwendig sind.

## ○ **CDU**

Wir stehen für Vielfalt und Zusammenhalt. Es ist geradezu absurd, im Jahr 2021 noch über die Frage zu diskutieren, wer wen liebt. Wir wollen die Voraussetzungen für eine hohe Lebensqualität und Gleichberechtigung aller in unserem Land lebenden Menschen unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung, Herkunft, religiösem Bekenntnis, Alter oder Behinderung schaffen. Wir wenden uns innen- wie außenpolitisch ganz klar gegen Diskriminierung aufgrund sexueller Ausrichtung oder Geschlechtsidentität. Gerade in einer Zeit, in der vielerorts die Rechte von LGBTQIA-Personen wieder in Frage gestellt werden, müssen wir Menschenrechtsverletzungen gegenüber diesem Personenkreis klar ansprechen und uns für Gleichberechtigung von LGBTQIA-Personen einsetzen.

## ○ **Die Linke**

Mehr Selbstbestimmung für Trans\* und Inter\*! Das „Transsexuellengesetz“ schaffen wir ab. Die Krankenkassen müssen die Gesundheitsleistungen für Trans\* und Inter\* übernehmen. „Konversionsbehandlungen“ verbieten wir komplett. Das Abstammungsrecht reformieren wir, damit queere Eltern nicht mehr benachteiligt werden. Für queere Kinder und Jugendliche schaffen wir Zufluchts- und Unterstützungsorte. (Bleibe-)Rechte von queeren Geflüchteten stärken wir: keine Abschiebungen & dezentrale Unterbringung. Wir wollen LSBTIQA\* Communities stärken und sichtbarer machen. Mit einem „queeren Rettungsschirm“ schützen wir Projekte und Einrichtungen vor Kürzungen (wegen Corona). Im Grundgesetz erweitern wir den Schutz vor Diskriminierung um „sexuelle Identität/Orientierung“. Wir wollen einen „Nationalen Aktionsplan“ gegen LSBTIQA\*-Feindlichkeit, für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt.

## ○ **SPD**

Alle Menschen sollen unabhängig von ihrer sexuellen Identität frei und sicher leben. Das Diskriminierungsverbot wegen der geschlechtlichen und sexuellen Identität werden wir in Art. 3 Abs. 3 GG aufnehmen. Die Schutzlücken im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes schließen wir und reformieren das Transsexuellengesetz, damit trans-, inter- und nicht binäre Menschen im Recht endlich gleichbehandelt werden. Mit einem modernen Abstammungsrecht sorgen wir etwa dafür, dass lesbischen Ehepartnerinnen bei der Geburt ihres Kindes beide automatisch gesetzliche Elternteile werden (Mitmutterchaft). Wir einem nationalen Aktionsplan gegen Homo-, Bi-, Trans- und Interphobie und Gewalt gegen LSBTIQ\* einführen und uns auf europäischer Ebene für die Ächtung solcher Diskriminierung einsetzen.

- 
- **Wie schaffen wir es, bürokratie in den verwaltungen und für bürger:innen abzubauen?**

- **Die Linke**

Wir wollen dort Bürokratie abbauen, wo sie unsinnig ist und nur zeitliche wie finanzielle Belastungen mit sich bringt. Allerdings: Die Kritik von neoliberalen Lobbygruppen an zu viel Bürokratie zielt meist auf die Rücknahme von sinnvoller Regulierung: Steuervollzug, Bauordnungsrecht, Daten-, Umwelt- und Verbraucherschutz. Auch die betriebliche Mitbestimmung ist ihnen regelmäßig ein Dorn im Auge, genau wie einheitliche Lohn- und Arbeitsstandards. Da halten wir dagegen. Ob es unsinnige Belastungen gibt, ist gemeinsam mit den Betroffenen und deren Verbänden zu prüfen. Wir wollen die Verwaltung besser ausstatten und Bürger\*innen-näher machen. Wir wollen Bürger\*innenhaushalte, Bürger\*innenräte und Volksentscheide auf allen politischen Ebenen einführen.

- **CDU**

Wir stehen für einen verlässlichen, leistungsfähigen Staat und werden die Verwaltung einfacher und nutzerfreundlicher machen. Dabei gilt für uns der Grundsatz der digitalen Vorfahrt: Alles, was digital gemacht werden kann, soll auch digital gemacht werden. Alles, was standardisiert werden kann, soll auch standardisiert werden. Bürgerinnen und Bürger müssen sich online mit dem elektronischen Personalausweis einfach ausweisen und Dokumente mit elektronischen Signaturen rechtsverbindlich unterzeichnen können. Wer eine Dienstleistung der Verwaltung beantragt, soll alle Formalitäten an einer einzigen Stelle erledigen können. Die Behörden sollen über geeignete Schnittstellen Daten miteinander teilen. Vom Bürger bereits geteilte Daten sollen nicht erneut abgefragt werden.

- **FDP**

Wir wollen Behörden konsequent zu One-Stop-Shops weiterentwickeln. Für die Menschen soll es einen zentralen Anlaufpunkt geben, an dem alles nötige erledigt werden kann – am besten online. Das bedeutet: Weniger Behördengänge für alle. Mit einem Entfesselungspakt wollen wir Maßnahmen zur Bürokratieentlastung bündeln und vorantreiben. Für jede neue Belastung sollen im doppelten Umfang Belastungen abgebaut werden („One in, two out“). Auch im Gesundheitswesen klagen die Akteure über zunehmende Auflagen, die weniger Zeit für die eigentliche Versorgung lassen. Wir wollen die Entbürokratisierung des Gesundheitswesens vorantreiben, indem wir die Bürokratie- und Berichtspflichten „bepreisen“. Bezahlen soll sie künftig die Person, die sie anfordert.

- **SPD**

Unser Ziel ist ein moderner, bürgernaher Staat, der allen Bürger\*innen einen einfachen, digitalen Zugang zu seinen Dienstleistungen bietet. Wir werden die Verpflichtung von Bund, Ländern und Kommunen zur Bereitstellung digitaler Verwaltungsdienstleistungen ausbauen, damit alle Verwaltungsleistungen möglichst schnell digital verfügbar sind. Jede\*r Bürger\*in soll ohne Zusatzkosten und Extrageräte die Möglichkeit haben, diese Leistungen freiwillig und datenschutzkonform mit einer digitalen Identität zu nutzen. Wer Anspruch auf eine Leistung hat, muss diese – wenn möglich – automatisch, ohne Antrag erhalten oder in einfacher Form ‘mit einem Klick’ beantragen können. Bürger\*innen sollen Berechtigungen vergeben und auch wieder löschen können und somit kontrollieren, wer wann auf ihre Daten zugreift.

- **Die Grünen**

Die Corona-Krise hat gezeigt, wie viel unser Staat leistet – und wo es mangelt. Faxgeräte, besetzte Hotlines, Behördenrennerei und Planungen, die wegen Personalmangels eine gefühlte Ewigkeit nicht umgesetzt werden, mahnen uns, dass sich etwas ändern muss. Wir wollen unsere Verwaltung modernisieren, sie kreativer, digitaler und innovativer machen und besser ausstatten. Wir wollen Mut machen, zu experimentieren und eine positive Fehlerkultur zu entwickeln. Wir wollen Spielräume für dringend notwendige Zukunftsinvestitionen schaffen, mehr Kooperation zwischen Bund, Ländern und Kommunen ermöglichen und die Nachfragemacht des Staates für Innovation und Nachhaltigkeit nutzen. Wir planen den Aufbau neuer Behörden und Verwaltungsstrukturen, weil wir einen starken und effizienten Staat wollen, der zu den Aufgaben passt. Dazu gehört dann auch, dass wir überprüfen, was es nicht mehr braucht, was zugemacht werden kann, was besser werden muss.

- 

- **Was wird ihre partei unternehmen, um die demokratie zu stärken?**

- **CDU**

Wir wollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern, um unsere Demokratie zu stärken. Er erwächst aus sozialen Beziehungen, einer positiven Verbundenheit der Menschen mit dem Gemeinwesen und einer ausgeprägten Gemeinwohlorientierung. Wir setzen uns für eine Stärkung der politischen Bildung und Wertekunde ein und wollen bürgerschaftliches Engagement fördern. Dazu werden wir Freiwilligendienste attraktiver machen und verstärkt über sie informieren. Auch wollen wir Anlaufstellen für das Ehrenamt in Kreisen und Gemeinden unterstützen. Mit der Stiftung „Orte der deutschen Demokratiegeschichte“ werden wir an historischen Orten Rückschau auf demokratische Sternstunden halten, um die Kräfte der Zivilgesellschaft zu stärken.

- **FDP**

Um die Demokratie zu stärken, möchten wir die Amtszeit von Bundeskanzler oder Bundeskanzlerin auf zehn Jahre beschränken, die Legislaturperioden auf fünf Jahre verlängern, Bürgerberatung im Parlament stärker einbauen und das Wahlalter auf 16 Jahre absenken. Wir bekennen uns zur Förderung des Ehrenamtes, zum punktuellen Einsatz professionell moderierter Bürgerbeteiligung jenseits einer Politik des bloßen Zuhörens und zum Ausbau der direkten Demokratie auf kommunaler und Landesebene. Von den Nutzern sozialer Medien erwarten wir verantwortlichen und respektvollen Umgang miteinander. Politische Bildung muss verstärkt Medienkompetenz fördern. Damit wollen wir der Bedrohung unserer Demokratie und unserer Freiheit durch Extremismus und Populismus entgegenwirken.

- **Die Linke**

Wir führen Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide auf Bundesebene ein. Wir schaffen verbindliche Bürger\*innenforen und richten Bürger\*innenräten zur Vorbereitung von Referenden ein. Die Rechte der Opposition im Bundestag und das Petitionsrecht werden wir stärken. Wir senken das Wahlalter. Alle, die hier leben, müssen auch wählen dürfen! Initiativen gegen Rassismus und Rechtsextremismus unterstützen wir. Starke Demokratie bedeutet starke Teilhabe: Genossenschaften und demokratische, solidarische Unternehmensformen fördern wir. Wir stärken die Mitbestimmung der Beschäftigten. Die öffentliche Daseinsvorsorge bauen wir aus: in Form von gebührenfreien Kitas, besser ausgestatteten Schulen und Hochschulen, kostenfreiem ÖPNV, bezahlbarer Wohnraum und Gesundheit & Pflege, die nicht nach Profit sondern nach Bedürfnissen der Bevölkerung organisiert ist.

- **SPD**

Die Demokratie ist die einzige Staatsform, die man lernen muss. Deshalb setzen wir uns für einen einfacheren Zugang zu politischen Bildungsmöglichkeiten ein. Wir wollen Demokratieprojekte noch besser fördern – insbesondere jene, die sich gegen die Feinde unserer Demokratie engagieren. Dafür werden wir das Programm „Demokratie leben!“ ausbauen. Mit einem Demokratiefördergesetz werden wir dafür sorgen, dass der Bund Strukturen im Kampf gegen rechts dauerhaft fördern darf. Zu einer lebendigen Demokratie gehört ein zeitgemäßes Gemeinnützigkeitsrecht. Wir werden dafür sorgen, dass steuerbegünstigte Vereine auch politisch tätig sein können und z.B. der Aufruf zu einer Demonstration gegen Rassismus möglich ist, ohne steuerliche Vergünstigung zu verlieren.

•

- **Wie wollt ihr alleinerziehende elternteile besser unterstützen?**

- **SPD**

Wir treten dafür an, dass Alleinerziehende besser unterstützt werden. In der Krise ist

erneut der herausragende Wert von Fürsorgearbeit deutlich geworden – Alleinerziehende leisten hier im Alltag besonders viel. Um diese wertvolle Arbeit leisten zu können, ist Zeit, Geld und Infrastruktur nötig. Auf allen drei Ebenen werden wir ansetzen. Wir werden ein Vier-Säulen-Modell für mehr Familienzeit einführen, von dem insbesondere auch Alleinerziehende profitieren. Wir haben ein Konzept der Kindergrundsicherung entwickelt, das aus zwei zentralen Bereichen besteht. Zum einen aus einer Infrastruktur, die gerechte Bildung und Teilhabe für alle Kinder ermöglicht. Und zum anderen aus einem neuen existenzsichernden, automatisch ausgezahlten Kindergeld.

## ○ **Die Linke**

Wir verbessern die Rahmenbedingungen für Alleinerziehende: Wir investieren in den Ausbau sozialer Dienstleistungen (Kitas, Jugendeinrichtungen etc.) und führen eine eigenständige Kindergrundsicherung ein. Statt Hartz IV schaffen wir eine individuelle Mindestsicherung von 1.200 Euro/Monat; das schützt besonders Alleinerziehende. Wir verlängern ihren Elterngeldanspruch auf 24 Monate. Das Mindestelterngeld erhöhen wir auf 400 Euro; es darf nicht mehr auf Transferleistungen (z.B. Hartz IV) angerechnet werden. Die Zahl der Kinderkrankentage ist für die Corona-Zeit verlängert worden, wir wollen diese Erhöhung dauerhaft beibehalten. Insbesondere für alleinerziehende Frauen schaffen wir bezahlbaren und sicheren Wohnraum. Ihnen darf die Wohnung nicht mehr wegen Eigenbedarf gekündigt werden. Wir wollen einen Rechtsanspruch auf familiengerechte Arbeitszeiten und setzen uns für gute Erwerbsarbeit für Alleinerziehende ein.

## ○ **FDP**

Wir wollen Familien und insbesondere Alleinerziehende entlasten. Dazu wollen wir den Kinder- und Auszubildendenfreibetrag sowie den Freibetrag für Alleinerziehende anheben. Auch die steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten, gesetzlichen Unterhaltsleistungen und haushaltsnahen Dienstleistungen wollen wir verbessern. Wir fordern die Einführung eines „Partnerschutzes“ analog zum „Mutterschutz“. Alleinerziehende haben das Recht, eine andere Person für den Partnerschutz zu benennen. Außerdem wollen wir den Rechtsanspruch auf „Partnermonate“ beim Elterngeld auf drei Monate verlängern. Das gilt auch für Alleinerziehende. Die Mindest- und Maximalbeträge wollen wir erhöhen, auch als Inflationsausgleich.

## ○ **CDU**

Wir haben die finanzielle Situation für junge Familien und auch für Alleinerziehende spürbar verbessert, indem wir den Kinderfreibetrag und das Kindergeld zum 1. Januar 2021 deutlich erhöht haben. Einen weiteren Schritt werden wir abhängig von der wirtschaftlichen Lage verwirklichen. Perspektivisch streben wir den vollen Grundfreibetrag für Kinder an und finden damit den Einstieg in ein Kindersplitting. Wir haben auch den steuerlichen Entlastungsbetrag für Alleinerziehende auf 4.008 Euro verdoppelt. Wir wollen ihn perspektivisch auf 5.000 Euro weiter erhöhen.

